

Inhaltsverzeichnis zum Vorbericht 2020

Vorbericht	2
1. Allgemeines	2
1.1 Allgemeines zur Gemeinde und Bevölkerungsentwicklung	2
1.2 Strategie und Besonderheiten des Haushaltsjahres in Kurzform	5
1.3 Schlüsselprodukte, Ziele, Deckungsfähigkeit	6
2. Der Ergebnishaushalt	8
2.1 Allgemeines	8
2.2 Erträge des Ergebnishaushaltes	10
2.3 Entwicklung der Haupteinnahmequellen des Ergebnishaushaltes	13
2.4 Aufwendungen des Ergebnishaushaltes	20
2.5 Personalaufwendungen	24
2.6 Zuschüsse im Bereich der Freiwilligen Aufgaben	29
2.7 Abweichungen des Finanzhaushaltes vom Ergebnishaushalt	30
2.8 Außerordentliche Erträge und Aufwendungen (Sonderergebnis)	30
3. Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	31
3.1 Erläuterungen zum Investitionsprogramm Teil B	31
3.2 Finanzierung des Haushaltes	36
4. Sonstige Erläuterungen	36
4.1 Entwicklung der Verbindlichkeiten	36
4.2 Entwicklung des Gesamtergebnisses, des Basiskapitals, des Zahlungsmittelüberschusses, des Finanzierungsbedarfes und der Liquiditätsreserve	40
4.3 Belastungen aus dem Sondervermögen, aus der kommunalen Zusammenarbeit und aus den mittelbaren und unmittelbaren Beteiligungen der Gemeinde	45

Vorbericht

zum Haushaltsplan der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach

für das Haushaltsjahr 2020

1. Allgemeines

1.1 Allgemeines zur Gemeinde und Bevölkerungsentwicklung

Dürrröhrsdorf liegt am von Stürza kommenden Stürzabach und **Dittersbach** am in der Harthe im Karswald entspringenden Kalten Bach. Die erste urkundliche Erwähnung von Dürrröhrsdorf-Dittersbach datiert aus dem 13. Jahrhundert. Im Jahre 1965 schlossen sich Dürrröhrsdorf und Dittersbach, mit dem Verwaltungssitz in Dürrröhrsdorf, zusammen.

Seit dem 01.01.1994 hat sich durch die Eingemeindung der Ortsteile Dobra/Stürza, Porschendorf/Elbersdorf und Wünschendorf die Einwohnerzahl und die Gesamtfläche des Gemeindegebietes vergrößert. Am 29.09.1998 hat der Gemeinderat von Wilschdorf die freiwillige Eingemeindung in die Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach zum 01.01.1999 beschlossen.

Ortsteil	Einwohner 31.12.2018	Fläche in ha
Dürrröhrsdorf-Ditt.	1.959	1.163
Dobra	286	478
Elbersdorf	322	206
Porschendorf	275	395
Stürza	352	730
Wünschendorf	294	440
Wilschdorf	696	966
GESAMT	4.184	4.378

In der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach sind folgende kommunale Einrichtungen vorhanden:

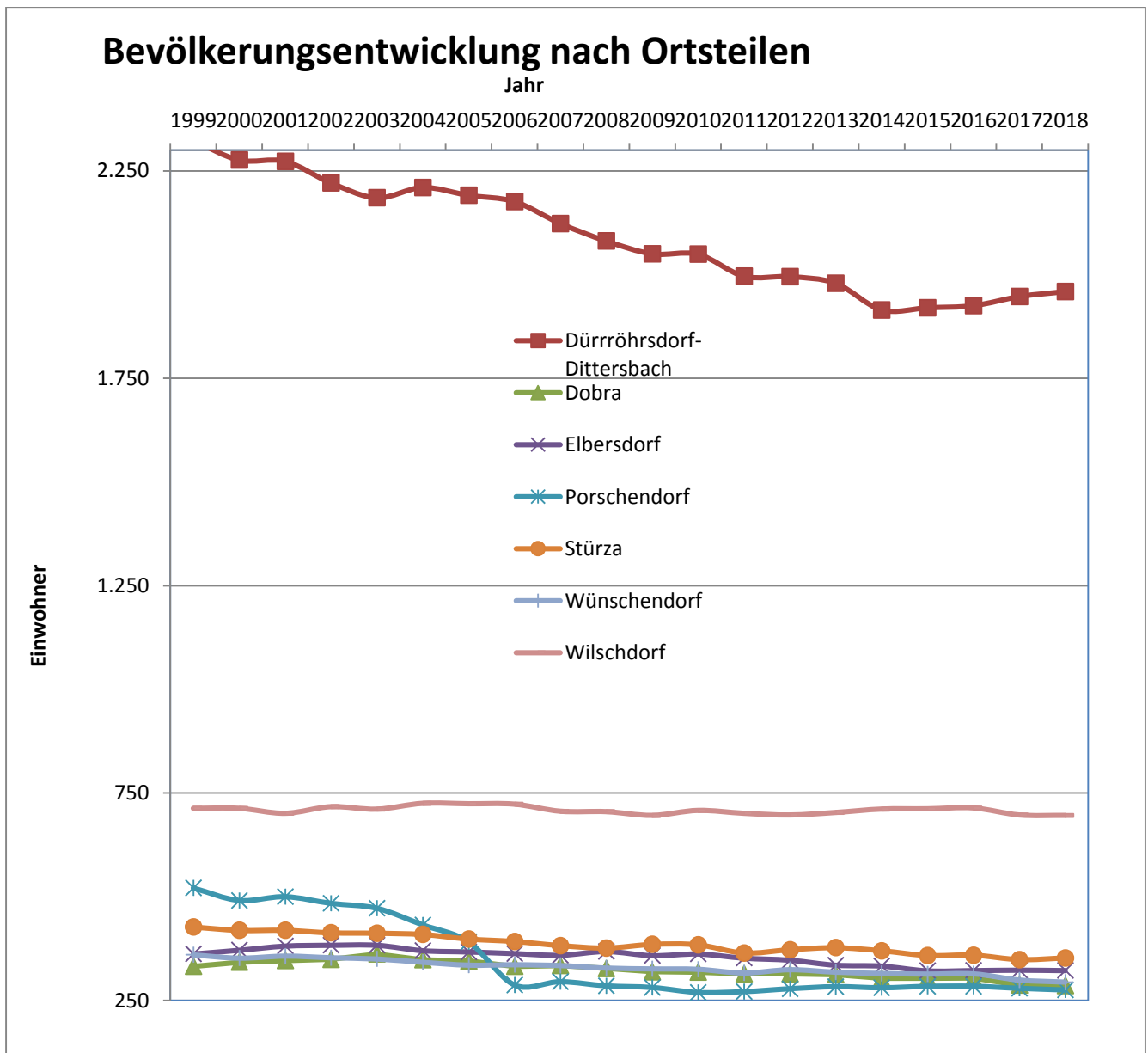
- 1 Grundschule mit Turnhalle
- 1 Kinderhort
- 4 Kindertagesstätten (davon 2 über den Arbeiter-Samariter-Bund betrieben)
- 5 Jugendclubs (Dittersbach, Wünschendorf, Porschendorf, Stürza, Wilschdorf)

- 1 Gemeindebücherei
- 7 Ortsfeuerwehren
- 1 Bauhof (Dittersbach)
- 5 Dorfgemeinschaftshäuser (Dürrröhrsdorf, Stürza, Dobra, Wünschendorf, Porschendorf)
- 4 Sportplätze
- 3 Totenhallen
- 1 Kompostieranlage
- 2 Wäscherollen
- 40,8 km kommunale Straßen
- ca. 60 Wohnungen und Geschäftsräume

Die Entwicklung der Einwohnerzahlen stellt sich seit 2006 wie folgt dar (Angaben des Statistischen Landesamtes Kamenz):

Ortsteile	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Dürrröhrsdorf-Dittersbach	2.176	2.123	2.081	2.050	2.049	1.996	1.995	1.979	1.915	1.920	1.925	1.947	1.959
Dobra	332	334	327	319	318	314	314	312	303	304	304	287	286
Elbersdorf	363	359	368	358	362	352	347	335	333	321	322	323	322
Porschendorf	287	295	285	281	269	271	278	283	280	284	284	279	275
Stürza	392	382	376	385	384	364	372	377	370	358	359	348	352
Wünschendorf	336	334	328	326	325	316	324	318	315	313	314	299	294
Wilschdorf	723	706	705	696	708	701	697	703	711	712	712	697	696
GESAMT	4.609	4.533	4.470	4.415	4.415	4.314	4.327	4.307	4.227	4.212	4.222	4.180	4.184

Zu beachten ist, dass die Daten des Statistischen Landesamtes nach der letzten Zensusbefragung deutlich von den Einwohnerzahlen unseres Meldeamtes abweichen. Deshalb wurden die ortsweisen Daten unseres Meldeamtes auf die geringere Gesamteinwohnerzahl des Landesamtes interpoliert.

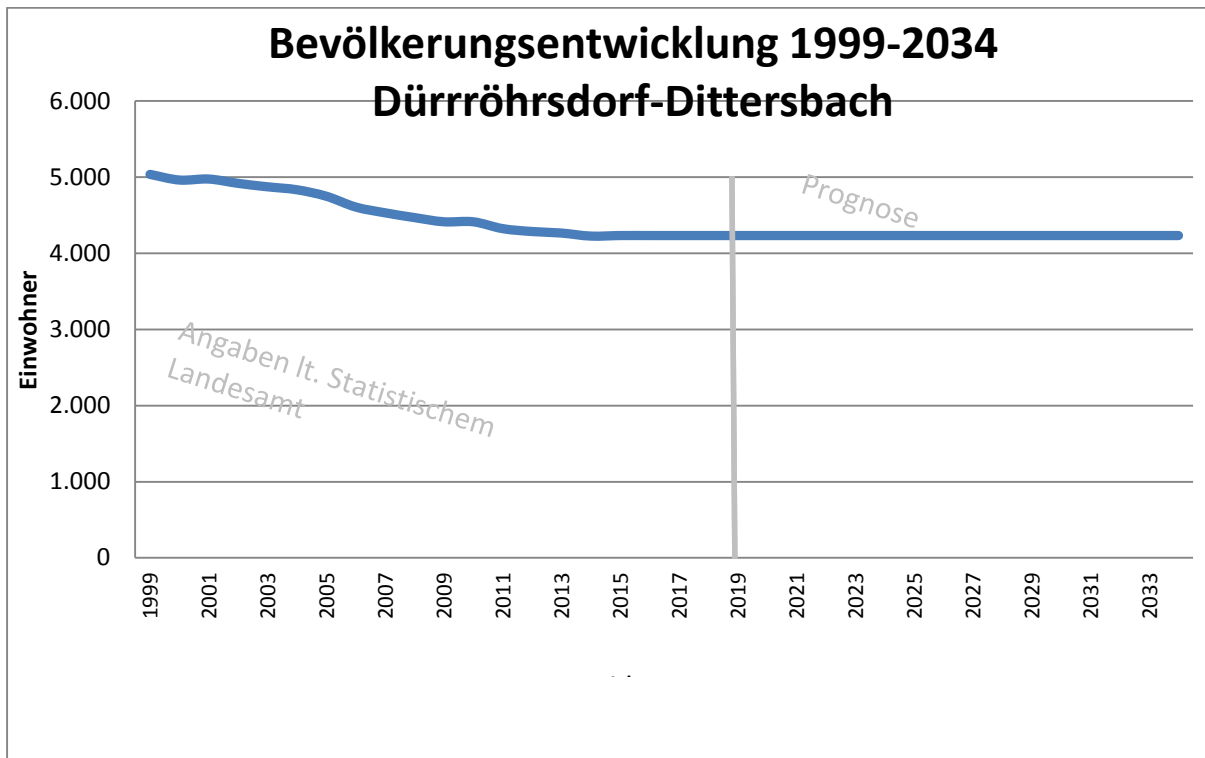


Bis 2015 wurde für die Zukunft eine kontinuierliche Bevölkerungsentwicklung unterstellt. Das heißt, jährlich wurde ein Rückgang von rund 50 Einwohnern erwartet (1,1 % p.a.). Dieser Trend und der nominelle jährliche Einwohnerverschund hatte sich bereits deutlich abgeschwächt, da die der Berechnung zugrunde liegende Grundgesamtheit geringer wurde (weniger Bevölkerung=weniger Verlust).

Der überproportional starke Einwohnerverlust in den Jahren 2005 und 2006 ist auf die Schließung des Asylantenheimes in Porschendorf zurückzuführen.

Ab 2016 wird für die Folgejahre kein Bevölkerungsverlust mehr angenommen, da aufgrund der Zuweisung von Asylbewerbern und später dann auch von Asylanten die oben genannte negative Entwicklung kompensiert wird. Deshalb gehen wir auch vorerst von einem Verharren bei der letzten offiziellen Einwohnerzahl aus. Diese

liegt bei 4.184 Einwohnern (31.12.2018). Die weitere Entwicklung unterliegt bei zukünftigen Haushaltsplanungen einer kritischen Neueinschätzung.



1.2 Strategie und Besonderheiten des Haushaltsjahres 2020 in Kurzform

Mittlerweile wurde die Aufstellung der Eröffnungsbilanz der Gemeinde abgeschlossen - diese wurde erfolgreich örtlich und überörtlich geprüft. Ebenso aufgestellt und örtlich geprüft sind die Jahresrechnungen 2013 und 2014. Die Jahresrechnung 2015 ist in Arbeit. Die Gemeinde geht davon aus, dass die Rückstände bei den Jahresrechnungen bis Ende 2021 abgearbeitet werden können.

Die Strategie der Gemeinde für den Haushalt lautet:

- *Der Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit soll grundsätzlich mindestens so groß sein, wie die zu zahlenden ordentlichen Tilgungszahlungen (116 TEUR). Ab 2014 übersteigt der Überschuss die zu zahlenden ordentlichen Tilgungsleistungen und steigt in den Folgejahren weiter deutlich an.*
- *Es werden keine neuen Schulden gemacht, der Schuldenabbau kann aber verlangsamt werden (niedriges Schuldenniveau/ lukrative Förderprogramme/ extrem niedrige Zinsen bzw. negative Anlagenzinsen).*

- *Durch die Entschuldung schafft sich die Gemeinde einen finanziellen Spielraum, welcher mittelfristig unter Ausnutzung von Fördermöglichkeiten (min. 50%) den Bau einer neuen Turnhalle ermöglicht.*

Zur Erreichung dieses Mindestzieles waren seit 2013 folgende Schritte notwendig:

1. Anhebung der Grundsteuer B ab 2013 auf 450 Punkte.
2. Abschaltung der Straßenbeleuchtung zwischen 24 Uhr und 4 Uhr.
3. jährliche Anpassung der Betreuungsgebühren

Übersicht über die Haushalts- und Finanzlage für die gemeindewirtschaftliche Stellungnahme

1. Gesamtergebnis nach §2 Abs. 1 Nr. 27 KomHVO (Gesamtergebnis mit Afa)	-296.008 EUR
2. Betrag der Verrechnung mit dem Basiskapital gem. §72 III Satz 3 GemO	296.008 EUR
3. Vortrag von Haushaltsfehlbeträgen	- EUR
4. Zahlungsmittelsaldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit nach §3 Abs. 1 Nr. 17	237.415 EUR
5. Zahlungsmittelsaldo aus Investitionstätigkeit gem. Nr. 34	14.060 EUR
6. Liquiditätsreserve 1.1.2020 davon gebunden durch Haushaltsreste u.ä. weiterhin gebunden ergibt	928.346 EUR 358.462 EUR <u>272.246 EUR</u> 297.638 EUR
Liquiditätsreserve 31.12.2020 gebunden ergibt	704.359 EUR <u>272.246 EUR</u> 432.113 EUR
7. Kreditaufnahme	Nein
8. Verpflichtungsermächtigungen	Nein
9. Haushaltsstrukturkonzept	Nein

1.3 Schlüsselprodukte, Ziele, Deckungsfähigkeit

Als Schlüsselprodukte sind festgelegt:

- 36.51.01.01 Kindergarten Stürza
- 36.51.01.02 Kindergarten Wilschdorf
- 36.51.01.03 Kinder in Tagespflege

36.51.01.05 Hort Dürrröhrsdorf

36.52.01.00 Zuschüsse an freie Träger für Kindertageseinrichtungen

61.10.01.00 Steuern, allgemeine Zuweisungen, Umlagen

Einzelheiten zu den einzelnen Produkten sind unter Trennblatt 4 bzw. 5 ersichtlich. So wurde zu jedem Produkt neben den Verantwortlichkeiten eine Kurzbeschreibung, die Rechtsgrundlage, ein Ziel und ggf. auch Kennziffern angegeben. Bei den Anmerkungen zu jedem Produkt sind auch die Besonderheiten der Planung 2020 aufgezeigt. Insofern wird auf den Teilergebnishaushalt (4) bzw. den Teilfinanzhaushalt (5) verwiesen. Die konkreten Zielsetzungen und Kennzahlen werden in den nächsten Jahren ausgebaut.

Hauptziele der Gemeinde sind:

- allen gesetzlichen Verpflichtungen ordnungsgemäß nachzukommen,
- die Verschuldung zu reduzieren,
- genehmigungsfreie Haushalte zu erstellen und
- in der Kinderbetreuung (Krippe, Kindergarten, Hort, Grundschule) qualitativ und quantitativ vorbildlich zu sein.
- alle Ortsfeuerwehren zu erhalten und gute Rahmenbedingungen durch die Modernisierung der Ausstattung (Fahrzeuge, Gerätehäuser, Technik) zu schaffen
- langfristige Umsetzung des Nachhaltigen Wiederaufbauplanes (Hochwasserschutz)

2. Der Ergebnishaushalt

2.1 Allgemeines

Bei der Erarbeitung des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2020 wurden die geänderten „Orientierungsdaten für die Finanzplanung der Kommunen im Freistaat Sachsen“ und die „Hinweise der Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Kommunale Finanzplanung“ zugrunde gelegt. Es erfolgte jedoch auch eine kritische Prüfung der Orientierungsdaten und gegebenenfalls eine Anpassung an die örtlichen Gegebenheiten.

Die Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach ist als finanziell gesund einzustufen, die Wirtschafts- und Finanzkrise ist überwunden und die Steuereinnahmen stabilisieren sich auf einem hohen Niveau. Allerdings sind noch erhebliche Investitionen zum zukünftigen Hochwasserschutz zu erbringen. Schwierig ist 2020 der Haushaltsausgleich mit Erwirtschaftung aller Abschreibungen. So unterschreiten die ordentlichen Erträge die ordentlichen Aufwendungen (also inkl. der Abschreibungen). Ab 2023 kann nach heutigem Kenntnisstand jedoch auch hier ein positives Ergebnis erreicht werden.

Lässt man die Abschreibungen aus den sogenannten Altinvestitionen (bis einschließlich 2017) bei der Betrachtung außen vor und prognostiziert die Abschreibungen bzw. Auflösungen welche aus Investitionen ab 2018 entstehen, so gelingt im gesamten Betrachtungszeitraum der Ausgleich im Ergebnishaushalt.

Ansonsten sind für das Jahr 2020 folgende weitere außergewöhnliche Vorgänge zu verzeichnen:

- **Allgemeine Hinweise:** Die Besonderheiten je Kostenstelle für das Haushaltsjahr 2020 werden unter Register 4 (Teilergebnishaushalt) detailliert erläutert. Hier sind ggf. auch abweichende Finanzhaushaltplanungen dargestellt. Weiterhin sollten die unter Register 7 dargestellten und mit Gemeinderatsbeschluss übertragenen Reste beachtet werden, da sie allein schon ein Ausgabevolumen von über 2 Mio. EUR enthalten.
- **Bei der Fertigstellung dieses Vorberichtes traten erste gravierende Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus in Kraft. So wurden alle Schulen und Kitas geschlossen. Die finanziellen Auswirkungen mit Blick auf die mittelfristig zu erwartenden Einbußen bei den Gebühren und den Steuereinnahmen (Gewerbe-, Einkommens- und Umsatzsteuer) können nicht abgeschätzt werden. Es ist mittelfristig mit gravierenden finanziellen und wirtschaftlichen Einbußen zu rechnen.**

- Im Bereich der Kinderbetreuung durch Freie Träger ist ein Betreiberentgelt von 921 EUR zu zahlen (+52 TEUR ggü. Vorjahr/+180 TEUR ggü. Vorvorjahr), welches neben den veränderten Kinderzahlen und den gestiegenen Löhnen auch die erhöhten Landeszuschüsse berücksichtigt. Eine abweichende Zahlung im Finanzhaushalt aufgrund der Betriebskostenabrechnung 2019 wurde in Höhe von 68 TEUR geplant.
- In den Vorjahren erfolgten Zuweisungen zum Vorsorgevermögen. Die eingegangenen Mittel sollen im Betrachtungszeitraum aufgelöst werden. So wurde 2019 eine Teilauflösung der vorhandenen 127.850 EUR in Höhe von 67.776 EUR durchgeführt. Der Restbetrag der Vorsorgerücklage wurde bei den liquiden Mitteln als gebunden deklariert und schmälert somit die frei verfügbare Liquiditätsreserve 2020.
- Es wurden im Betrachtungszeitraum Tarifsteigerungen von jährlich 2% angenommen (Volumen ca. 40 TEUR p.a.), die Steigerung entspricht den bisherigen Tarifabschlüssen. Zudem kommt es zu Mehrkosten aufgrund von durchgeführten Stellenneubewertungen und den generell gestiegenen Entlohnungen im pädagogischen Bereich.
- Die Straßenbeleuchtung wurde in den letzten beiden Jahren zum größten Teil auf stromsparende LED-Technik umgerüstet. So konnte der Ansatz für Energie von ehemals 65 TEUR auf 25 TEUR abgesenkt werden. Die komplette Nachtabstaltung der Straßenbeleuchtung trägt ebenfalls zu den Einsparungen bei. Die Arbeiten konnten durch unsere Bauhofmitarbeiter erfolgen.
- Für die Unterhaltung der kommunalen Fließgewässer gewährt der Freistaat 2020 eine Förderung von 17,3 TEUR. Deshalb konnte der Unterhaltungsansatz auf 30 TEUR aufgestockt werden.
- Im Produkt 53.60 ist der Ausbau des Breitbandnetzes (Wirtschaftlichkeitslücke) in Höhe von 5,5 Mio. EUR geplant. Dem stehen Zuschüsse für lfd. Zwecke durch den Bund (3,3 Mio. EUR), durch das Land (1,65 Mio. EUR) und durch erhöhte allgemeine Zuweisungen insgesamt in gleicher Höhe gegenüber. Dieses Projekt ist im Ergebnishaushalt zu planen und ist unbedingt bei Jahresvergleichen zu beachten.
- Neben den ordentlichen Tilgungen in Höhe von 116 TEUR sind 2020 keine außerordentlichen Tilgungsleistungen vorgesehen. Aufgrund des extrem niedrigen Zinsniveaus (Umschuldungsergebnis 2016 z.B. 0,21% p.a. bei einer zehnjährigen Zinsbindung) wird von weiteren Sondertilgungen abgesehen, es wird aber gleichzeitig auch auf neue Schulden verzichtet.

Im Interesse der Sicherung hinreichender finanzieller Spielräume wurde in der Vergangenheit ein Anstieg der Personalkosten durch Tarifierhöhungen sowohl in der Kernverwaltung als auch in den nachgeordneten Einrichtungen minimiert. Dazu wurde 2011 auch eine externe Organisationsuntersuchung durchgeführt, welche aber faktisch zum Schluss kam, dass der in den Jahren davor durchgeführte Stellenabbau

die bestehenden Möglichkeiten vollständig ausgereizt hat. Der Personalbestand in der Verwaltung hat seine Grenzen erreicht und führt mittlerweile bei Krankheit und Urlaub von Kollegen zu massiven Problemen im laufenden Verwaltungsbetrieb.

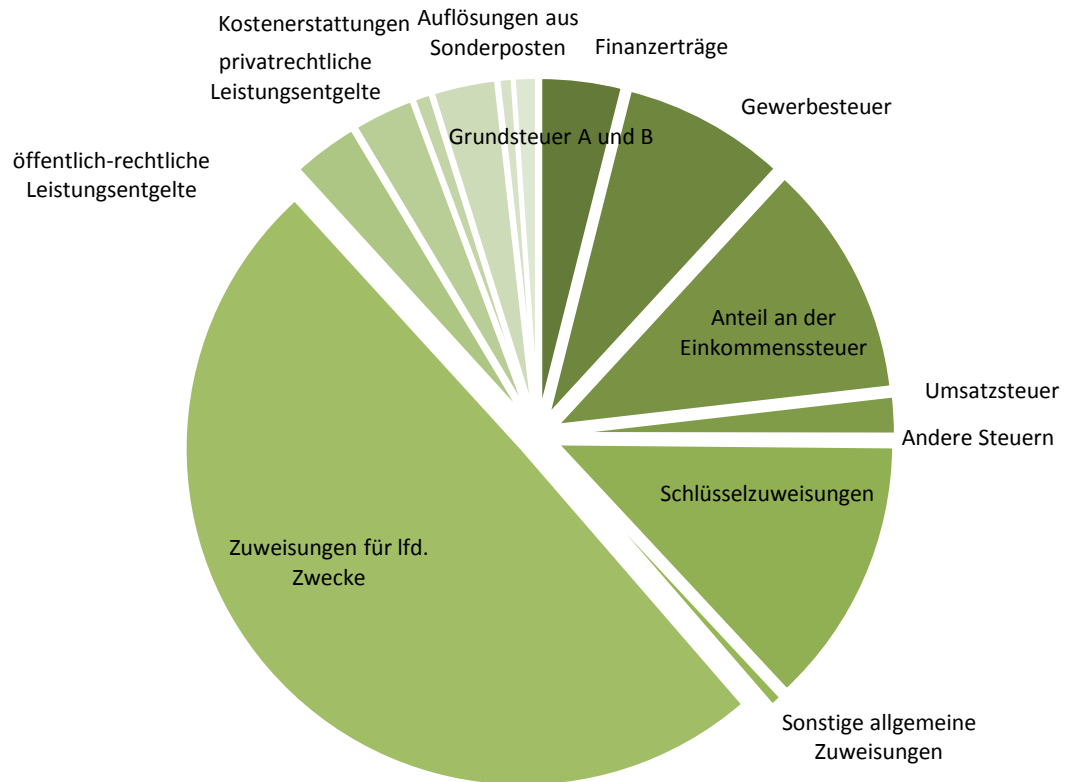
Im Jahr 2019 wurde erstmals seit Jahren wieder eine Auszubildende eingestellt.

2.2 Erträge des Ergebnishaushaltes

Die Erträge in TEUR im Jahre 2020:

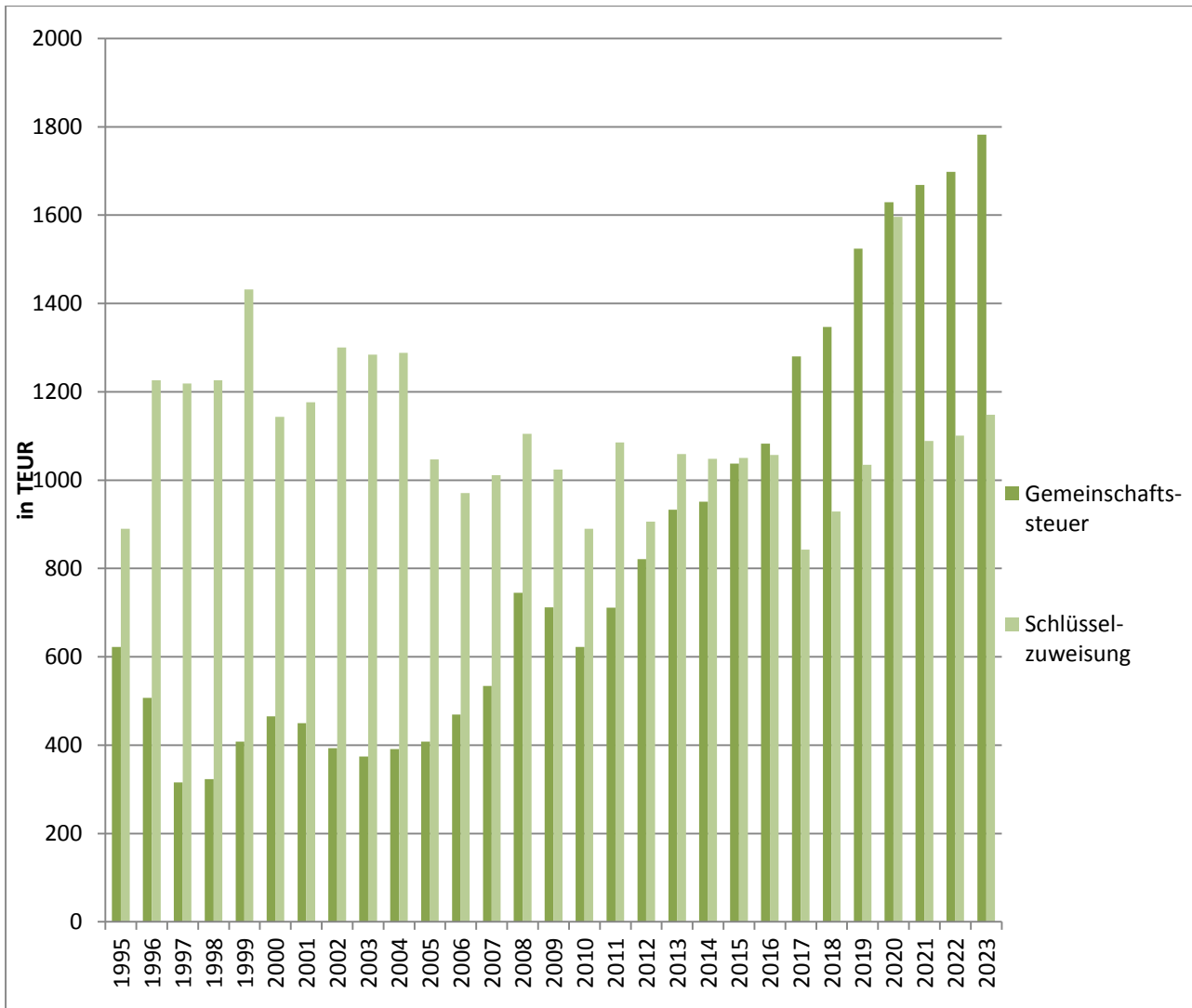
Einnahmeart		%
Grundsteuer A und B	486	3,9
Gewerbesteuer	975	7,9
Anteil an der Einkommenssteuer	1.400	11,3
Anteil an der Umsatzsteuer	229	1,9
Andere Steuern	14	0,1
Schlüsselzuweisungen	1.595	12,9
Sonstige allgemeine Zuweisungen	73	0,6
Zuweisungen für lfd. Zwecke	6.121 ¹	49,6
öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	393	3,2
privatrechtliche Leistungsentgelte	361	2,9
Kostenerstattungen und -umlagen	103	0,8
Auflösungen aus Sonderposten	377	3,1
Finanzerträge (Zinsen, Dividenden)	83	0,7
Sonstige ordentliche Erträge (Konzession, Bußgelder, ...)	136	1,1
	12.346	100

¹ incl. Breitbandförderung i.H.v. 4,95 Mio. EUR



Entwicklung der allg. Schlüsselzuweisung und der Gemeinschaftssteuern:

Angaben in TEUR		
<i>Jahr</i>	<i>Gemeinschafts- steuern</i>	<i>Schlüssel- zuweisung</i>
1998	323	1.226
1999	408	1.432
2000	465	1.143
2001	450	1.176
2002	393	1.300
2003	374	1.284
2004	391	1.288
2005	408	1.047
2006	469	971
2007	534	1.011
2008	745	1.105
2009	712	1.024
2010	622	890
2011	711	1.085
2012	821	906
2013	933	1.059
2014	1.036	1.032
2015	1.038	1.050
2016	1.083	1.057
2017	1.280	843
2018	1.347	929
2019	1.524	1.035
2020	1.629	1.596
2021	1.698	1.101
2022	1.699	1.042
2023	1.782	1.148



2.3 Entwicklung der Haupteinnahmequellen des Ergebnishaushaltes

Die Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach hat noch keine ausreichenden eigenen Steuereinnahmen und ist deshalb in einem erheblichen Maße von der Allgemeinen und der Investiven Schlüsselzuweisung sowie von den Zuweisungen der Gemeinschaftssteuern abhängig. Die Abhängigkeit von den Schlüsselzuweisungen ist allerdings sinkend, was hauptsächlich durch die stärkere eigene Steuerkraft bedingt ist. Für das aktuelle Haushaltsjahr wird mit einer weiteren Verbesserung der Ertragspositionen gerechnet. Insbesondere die zu verzeichnende gute Auslastung nahezu aller Gewerke führt grundsätzlich zu steigenden Gewerbe- und Einkommenssteuereinnahmen. Es wurde für die Zukunft weitestgehend mit den Orientierungsdaten des Freistaates gerechnet (siehe Anmerkungen unten). Eine Anhebung der Realsteuersätze ist weiterhin nicht erforderlich.

Orientierungsdaten für die Jahre 2020-23							
Basis angepasst an aktualisierte OD vom SMF							
Angaben in Euro bzw. in Prozent							
	Basiswert	2019 erwartet	2020	2021	2022	2023	Anmerkung
Grundsteuer A	100		100	100	100	100	Basis ist Einschätzung 11/2019
	47.600 €	47.600 €	47.600 €	47.600 €	47.600 €	47.600 €	
Grundsteuer B	100		101,4	102,6	103,6	104,8	
	432.000 €	432.000 €	438.048 €	443.232 €	447.552 €	452.736 €	OD 20-23
Gewerbsteuer	100		101,5	105,3	108,1	111	Basis ist Einschätzung 11/19, OD verwendet
(2019 erwartet, bereinigt um außergewöhnliche Vorfälle)	1.040.000 €	1.040.000 €	1.055.600 €	1.095.120 €	1.124.240 €	1.154.400 €	Satz bei 399, OD verwendet, 2020 Rückzahlung 81 TEUR noch abzuziehen (Sonderfall)I=974.600 EUR
Gewerbsteuerumlage	Vervielfältiger bei 35		35	35	35	35	Basis ist Gewerbesteuerentwicklung div. durch Bundes- und Landesvervielfältiger
		96.000 €	92.596 €	96.063 €	98.618 €	101.263 €	
Einkommenssteuer, Basis Hochrechnung Nov. (+10)	100		106,3	109,1	113,6	119,6	Anwendung OD 2020-23
	1.317.000 €	1.317.000 €	1.399.971 €	1.436.847 €	1.496.112 €	1.575.132 €	
Umsatzsteuer, Basis Hochrechnung Nov. (-3)	100		107,2	108,1	94,4	96,6	Anwendung OD 2020-23 Basis Daten SMF 2019 mit Ausgleich Integration
	214.000 €	214.000 €	229.408 €	231.334 €	202.016 €	206.724 €	
Allg. Schlüsselzuweisung, Basis gemeinscharfe Prognose SSG 2020	107,8		107,8	112,3	113,5	118,4	Basis gemeinscharfe OD; keine Auflösung Vorsorgerücklage 2020
	1.045.597 €		1.045.597 €	1.089.244 €	1.100.884 €	1.148.411 €	
Inv. Schlüsselzuweisung lt. SSG	170		170	177,2	178,9	186,7	Basis entspricht gemeinscharfer Prognose und OD
	136.002 €		136.002 €	141.762 €	143.122 €	149.362 €	
Mehrbelastungsausgleich	100		100	100	100	100	
	2.800 €	2.800 €	2.800 €	2.800 €	2.800 €	2.800 €	Übertragung Aufgaben 0,66 EUR/E
Straßenlastenausgleich	100		100	100	100	100	keine Steigerung angesetzt (Längenänderungen nicht ersichtlich)
	96.000 €	96.000 €	96.000 €	96.000 €	96.000 €	96.000 €	

Wie sich die wichtigsten Einnahmearten in den beiden, dem Haushaltsjahr vorausgegangenen Haushaltsjahren entwickelt haben und sich 2020 voraussichtlich entwickeln werden, ist aus der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Angaben in TEUR

Einnahmeart	Rechnungs- ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020
Grundsteuer A und B	475	475	486
Gewerbsteuer	1.034	1.066	975
Anteil an der Einkommensteuer	1.231	1.307	1.400
Anteil an der Umsatzsteuer	194	217	229
Andere Steuern	14	14	14
Zuwendungen (z.B. Schlüsselzuw., Landeszuschüsse Kitas)	1.889	3.407	8.167
öfftl.-rechtl. Leistungsentgelte (z.B. Gebühren Kitas, Hort)	335	350	393
privatrechtl. Leistungsentgelte (z.B. Mieten, Pachten)	259	355	361
Kostenerstattungen u. Umlagen (z.B. Landeszuschüsse)	81	87	103
Finanzerträge (Zinsen, Dividenden)	93	92	83

Auflösung aus Sonderposten	k.A.	371	377
sonstige ordentl. Erträge (Konzessionsabgaben, Bußgelder)	121	131	137
aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
	<u>5.748</u>	<u>7.870</u>	<u>12.347</u>

Anmerkungen:

- 2018 sind im Rechnungsergebnis noch keine Auflösungen/Abschreibungen enthalten, da die Jahresrechnung noch nicht erstellt ist.

Realsteuern (Grund- und Gewerbesteuer)

Der Hebesatz der Grundsteuer B wurde letztmalig im Haushaltsjahr 2013 nach oben angepasst.

Bis 2010 lagen die Grundsteuer A und die Gewerbesteuer deutlich unter dem Landesdurchschnitt. Aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise musste die Gewerbesteuer angehoben werden, konnte allerdings ab dem Haushaltsjahr 2011 leicht um 11 Punkte auf 399 Punkte abgesenkt werden, so dass sie wieder unter dem Durchschnittssatz des Freistaates liegt (2013: 437 Punkte; Quelle: DIHK). Für 2020 ist keine Anpassung nötig, ebensowenig ist dies im Finanzplanungszeitraum vorgesehen.

Die Grundsteuer B liegt mit einem Satz von 450 Punkten noch unter dem Landesschnitt, wie aus der nachfolgenden Darstellung ersichtlich ist. Zu beachten ist auch, dass die Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen in Millionenhöhe verzichtet hat.

Die Entwicklung der Hebesätze in der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach stellt sich bisher wie folgt dar:

	1997	2000	2001	2005	2007	2010	2011	2013	Durchschnitt Sachsen ²
Grundsteuer A	250	260	270	285		300			303
Grundsteuer B	330	350		375	410			450	479
Gewerbesteuer	360	365		375		410	399		415

Bei der Entwicklung der Einnahmen aus der **Grundsteuer A** wurden die auch weiterhin realistischen Werte der bisherigen mittelfristigen Planung beibehalten.

² gem. DStGB Aktuell Nr. 4212-05

Die geplanten Einnahmen aus der **Grundsteuer B** entsprechen dem mit den Orientierungsdaten fortgeschriebenen Wert.

Die Einnahmen aus **Gewerbesteuern** waren in den vergangenen Jahren starken Schwankungen unterworfen. Das erreichte Ergebnis 2016 lag 300 TEUR über dem Planansatz, das Ergebnis 2019 42 TEUR darunter. Das erwartete Ergebnis wurde unter Anwendung der Orientierungsdaten fortgeschrieben und um 81 TEUR (einmaliger Sonderfall) gemindert. Im Zeitraum 2020-2023 wurde zudem von einem konstanten Gewerbesteuerhebesatz von 399 Punkten ausgegangen.

Die Schwankungen der Gewerbesteuer in den letzten Jahren:

Haushaltsjahr	Rechnungsergebnis	Plan
1998	512 TEUR	51 TEUR
1999	315 TEUR	192 TEUR
2000	486 TEUR	378 TEUR
2001	625 TEUR	399 TEUR
2002 - Jahrhundertflut	345 TEUR	400 TEUR
2003	674 TEUR	400 TEUR
2004	552 TEUR	450 TEUR
2005	550 TEUR	709 TEUR
2006	440 TEUR	610 TEUR
2007	449 TEUR	499 TEUR
2008-Beginn Finanzkrise	867 TEUR	490 TEUR
2009	590 TEUR	699 TEUR
2010 – lokales Hochwasser	596 TEUR	656 TEUR
2011	763 TEUR	580 TEUR
2012	574 TEUR	705 TEUR
2013	712 TEUR	521 TEUR
2014	516 TEUR	734 TEUR
2015	720 TEUR	735 TEUR
2016	1.049 TEUR	744 TEUR
2017	1.035 TEUR	<i>1.049 TEUR</i>
2018	1.034 TEUR	<i>1.067 TEUR</i>
2019	1.024 TEUR	<i>1.066 TEUR</i>
2020 - Corona		975 TEUR
2021		<i>1.095 TEUR</i>
2022		<i>1.124 TEUR</i>
2023		<i>1.154 TEUR</i>

Im Zuge der Haushaltsplanung 2020 und der damit verbundenen mittelfristigen Finanzplanung wurde bei der Schätzung der zukünftigen Gewerbesteuerereinnahmen im Detail wie folgt vorgegangen:

1. Der Steuersatz verbleibt bei 399 Punkten und liegt damit unter dem sachsenweiten Durchschnittswert.

Haushaltsjahr	2009	2010	2011	2012	2015 ff.
Gewerbesteuersatz	375	410	399	399	399

2. Der der Berechnung zugrunde liegende Messbetrag wurde an die erreichten Ergebnisse 2019 angepasst, wobei eine Bereinigung um einmalige Effekte erfolgte (81 TEUR Gewerbesteuerrückzahlung im Zuge einer Insolvenzanfechtung).
3. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer wurden für den Plan 2020 mit den vom Freistaat erwarteten Steigerungsraten berechnet.

Hundesteuer

Die Steuersätze für die Hundesteuer wurden letztmalig im Haushaltsjahr 2010 erhöht und werden seitdem entsprechend der verabschiedeten Hundesteuersatzung § 6 Abs.1 erhoben:

- | | |
|----------------------------|------------------------------|
| a) für jeden ersten Hund | 65,00 EUR (vorher 50,00 EUR) |
| b) für jeden zweiten Hund | 100,00 EUR |
| c) für jeden weiteren Hund | 100,00 EUR |

Der Steuersatz gemäß § 8 der Hundesteuersatzung für das Halten von gefährlichen Hunden nach § 2 Abs. 3 beträgt im Haushaltsjahr auch weiterhin

- | | |
|----------------------------|------------|
| a) für jeden ersten Hund | 350,00 EUR |
| b) für jeden weiteren Hund | 700,00 EUR |

Der Haushaltsplan 2020 sieht Erträge in Höhe von 14.000 EUR vor. Eine Steigerung dieser Einnahme ohne Gebührenerhöhung ist zukünftig durch die stagnierende Bevölkerungsentwicklung nicht zu erwarten.

Gemeindeanteil an den Gemeinschaftssteuern

	Ansatz 2020 in EUR	Ansatz 2019 in EUR	Rechnungs- ergebnis 2018 in EUR	Folgejahre		
				Ansatz 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR
Gemeindeanteil an der Ein- kommenssteuer	1.400.000	1.307.000	1.230.964	1.437.00	1.496.000	1.575.000
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	229.000	217.000	193.868	231.000	202.000	207.000

Der Veranschlagung der Einkommensteuer liegen die „Orientierungsdaten für die Finanzplanung“ des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zugrunde. Als Basis für die Berechnung wurde das Ergebnis 2019 inklusive der Schlusszahlung genommen. Die für die Zukunft prognostizierten Steigerungen zeigen den guten Beschäftigungsgrad und die Lohnentwicklung.

Allgemeine Schlüsselzuweisung vom Land

Schlüsselzuweisungen als eine Form der Finanzzuweisung erhalten die Gemeinden zur Kompensation ihrer mangelnden eigenen Steuerkraft.

Die Ermittlung der Schlüsselzuweisung erfolgt durch Ansatz eines über einen „Schlüssel“ normierten Finanzbedarfs, der unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl, der Anzahl der Schüler an kommunalen Schulen je Schulart und einem Grundbetrag in Abhängigkeit von der zur Verfügung stehenden Schlüsselmasse berechnet wird.

Für die mittelfristige Planung wurden die eingestellten Zahlen mit den gemeindeschaffen „Orientierungsdaten für die Finanzplanung“ des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen errechnet.

Planansätze für die Allgemeinen Schlüsselzuweisungen:

Ansatz 2020 In EUR	Ansatz 2019 in EUR	Rechnungs- ergebnis 2018 in EUR	Ansatz 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	Ansatz 2023 EUR
1.045.600	1.035.000	937.338	1.089.200	1.100.800	1.148.400

Erkennbar wird eine Steigerung der Allgemeinen Schlüsselzuweisung im Planungszeitraum und dies trotz Steigerung der eigenen Finanzkraft. Im hier dargestellten Betrag 2020 sind die erwarteten Sonderzuweisungen zur Abdeckung des Eigenanteils (10%) beim Breitbandausbau nicht mit enthalten.

Mehrbelastungsausgleich

Die Einnahmen aus dem Mehrbelastungsausgleich wurden unter Bezugnahme auf die Orientierungsdaten berechnet.

Straßenlastenausgleich lt. Finanzausgleichsgesetz (FAG)

Die ab dem Jahre 2004 um 25% verringerte Landeszuweisung für die Erhaltung und laufende Unterhaltung der Gemeindestraßen wurde im Jahre 2007 wieder auf ein besseres Niveau angehoben (2.355 EUR/km Straße). Die Anhebung der pauschalierten Sätze wird vom Freistaat ab dem Jahre 2007 beibehalten, womit annähernd der Stand von 2002 wieder erreicht ist. Diese Angaben wurden der vorliegenden Planung zugrunde gelegt.

Pro Kilometer Gemeindestraße betragen/ betrugen die Zuweisungen:

Jahr	Betrag
2004	1.950 EUR
ab 2007	2.355 EUR

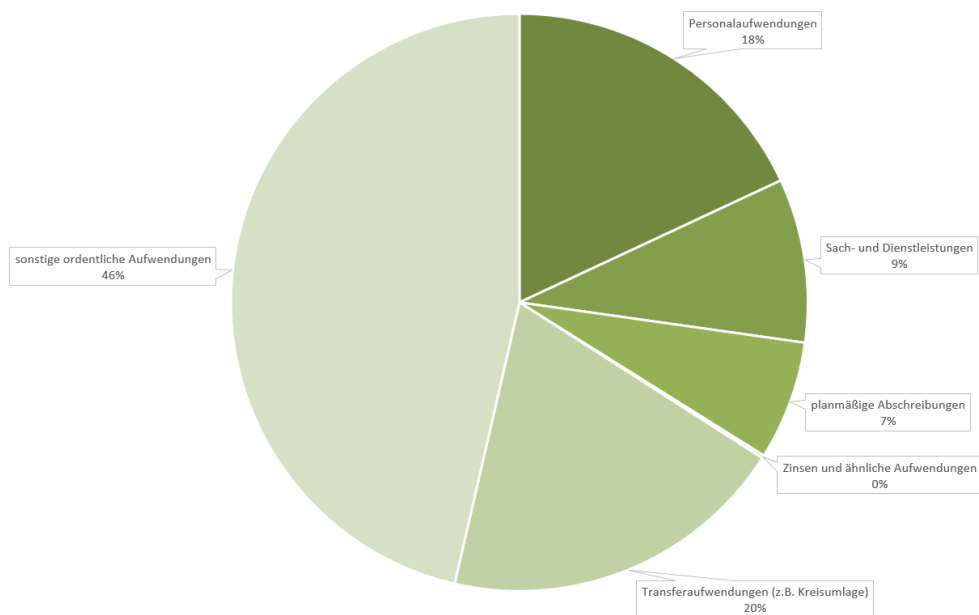
Die Gemeinde verfügt aktuell über Gemeindestraßen mit einer Gesamtlänge von 40,8 km und erhält somit für 2020 voraussichtlich Landeszuweisungen in Höhe von 96.000 EUR.

Durch den Freistaat werden zudem Sondermittel in Höhe von 61.750 EUR für die Straßenunterhaltung bereitgestellt. Diese werden investiv für die Ringstraße in Wünschendorf eingesetzt.

2.4 Aufwendungen des Ergebnishaushaltes

Die Aufwendungen des Ergebnishaushaltes 2020 setzen sich zusammen aus:

	in TEUR	in %
Personalaufwendungen	2.283	18,1
Sach- und Dienstleistungen	1.160	9,2
planmäßige Abschreibungen	844	6,7
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	20	0,2
Transferaufwendungen (z.B. Kreisumlage)	2.471	19,5
sonstige ordentliche Aufwendungen	5.865	46,4
	12.643	100,0



Die Entwicklung der **Personalkosten**, welche einen großen Anteil an den Gesamtaufwendungen haben, sind im Punkt 2.4 gesondert beschrieben.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen stellen einen Anteil von etwa 9 Prozent und sinken im Jahr 2020.

RE 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
1.184 TEUR	1.269 TEUR	1.160 TEUR	921 TEUR

Hier sind zum Beispiel die erhöhten Unterhaltungskosten in Höhe von 221 TEUR für die Gebäude enthalten. Es sind folgende Besonderheiten des Jahres 2020 zu nennen:

- 37 TEUR für das Kinderland (darunter Rauchmelder, Trittschalldämmung, Renovierung Zimmer und 6,5 TEUR lfd. Verträge)
 - Rathaus: 21 TEUR für Sanierung Fassade, Fenster und lfd. Unterhaltung
 - Wohnblock B8: 30 TEUR (Türen, Brandschutz, Malerarbeiten)
 - Geschäftshaus „Alte Schule“: 50 TEUR (Sanitär, Dach, Malerarbeiten,...)
 - Feuerwehrgerätehaus Wilschdorf: 25 TEUR Fassade (+20 TEUR Investitionen für Rettungsweg und Absauganlage)
 - Feuerwehrgerätehaus Dürrröhrsdorf: Schallschutz
 - Feuerwehrgerätehaus Wünschendorf: 3 TEUR Malerarbeiten, Stiefelwäsche
 - Kindergarten Porschendorf: 15,5 TEUR Umbau Sanitärtrakt und Fenster
 - Kindergarten Stürza: 9 TEUR lfd. Unterhaltung
-
- Die Unterhaltungsmittel der Straßenbeleuchtung liegen bei 5 TEUR.
 - Die Gewässerunterhaltungsmittel steigen von 10 TEUR auf 30 TEUR. Die Gemeinde erhält hier für ihre 34,4 km Bachlauf Zuweisungen durch den Freistaat in Höhe von 502 EUR je km in den Jahren 2019 und 2020
 - Sonstige Bewirtschaftungskosten: Die Kosten für die Bewirtschaftung liegen bei 424.630 EUR. Eine Entlastung um 35 TEUR p.a. konnte bei der Straßenbeleuchtung erfolgen.
 - Bei der Straßenunterhaltung wurde ein Aufwandsansatz von 24.500 EUR eingestellt. Die Sondermittel des Freistaates in Höhe von 61,75 TEUR werden investiv für die Ringstraße in Wünschendorf eingesetzt. Bei den Geschäftsaufwendungen sind 20 TEUR für die Durchführung einer Straßenbefahrung geplant.
 - Für die Ertüchtigungen der Löschwasserteiche in Dobra wurden 10 TEUR eingestellt.

Zinsaufwendungen

RE 2017	RE 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
55 TEUR	24 TEUR	21 TEUR	20 TEUR	19 TEUR

Die Verschuldung der Gemeinde wird auch 2020 weiter reduziert. Da in den Jahren 2013 und 2015 neben den regulären Tilgungsraten auch außerordentliche Tilgungen in Höhe von fast 300 TEUR geleistet wurden, fallen die Zinszahlungen ab 2017 deutlich geringer aus. Hinzu kommt, dass bei der Umschuldung eines Kredites in Höhe von 600 TEUR in 2016 der ausgezeichnete Zinssatz von 0,21% p.a. bei einer Zinsbindung von 10 Jahren erreicht werden konnte. 2017 erfolgte eine weitere Umschuldung eines größeren Kredites (752 TEUR), hier wurde ein Zins von 0,72% erreicht.

Die rechnerische Resttilgungsdauer liegt 2020 bei rund 17 Jahren und damit deutlich unter den bisherigen Empfehlungen mit einer durchschnittlichen Tilgungsdauer von 20 Jahren und auch unter der durchschnittlichen Restnutzungsdauer des Anlagevermögens.

Transferaufwendungen

RE 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
2.182 TEUR	2.336 TEUR	2.471 TEUR	2.527 TEUR

Die Transferaufwendungen bestehen hauptsächlich aus den Betreiberentgelten für die durch den Arbeiter- und Samariterbund betriebenen Kindertagesstätten (923 TEUR; Vorjahr: 869 TEUR) und der zu zahlenden Kreisumlage. Diese ist in den letzten Jahren erheblich gestiegen und beläuft sich nunmehr auf 1.333 TEUR. Es wurde hier mit einem konstanten Kreisumlagesatz von 33,9 gerechnet.

Sonstige ordentliche Aufwendungen

RE 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
291 TEUR	1.589 TEUR	5.865 TEUR	322 TEUR

Hier sind die Kosten für die ehrenamtlichen Tätigkeiten (59 TEUR), die Datenverarbeitung (ca. 52 TEUR), Geschäftsaufwendungen (170 TEUR+5.500 TEUR Breitband), Versicherungen (47 TEUR) und Erstattungen für Aufwendungen Dritter enthalten. Der deutliche Anstieg der Geschäftsaufwendungen ist in Höhe von 5.500 TEUR der Breitbandförderung geschuldet.

Bei den Aufwendungen für die Datenverarbeitung kam es seit 2016 zu deutlichen Steigerungen, da aufgrund der finanziellen Schieflage des Zweckverbandes Kisa Preiserhöhungen durchgedrückt wurden und weitere Erhöhungen anstanden. Mittlerweile hat sich das Aufwandsvolumen bei rund 50 TEUR eingepegelt.

Abschreibungen

RE 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
k. A.	834 TEUR	844 TEUR	861 TEUR

Im Jahr 2014 wurden erstmals im Haushaltsplan Abschreibungen auf das gesamte Gemeindevermögen angesetzt. Dies betrifft zum Beispiel das bewegliche Anlagevermögen, sämtliche Straßen, Brücken und Plätze sowie die gemeindeeigenen Gebäude. Die Ansätze wurden im Zuge der Erstellung der Eröffnungsbilanz noch einmal vollumfänglich überprüft. Da die Eröffnungsbilanz mittlerweile fertiggestellt und geprüft ist, handelt es sich bei den Ansätzen um belastbare Werte. Bisher spielten die Abschreibungen beim Haushaltsausgleich keine Rolle, sondern primär war die Erwirtschaftung der Tilgungsraten. Diese können nach wie vor aus dem Überschuss des Finanzhaushaltes beglichen werden.

Die Abschreibungen können 2020 nicht vollständig im Ergebnishaushalt erwirtschaftet werden. Es entsteht ein negatives Ergebnis von -296 TEUR. Da dieses Ergebnis ausschließlich aus Altabschreibungen bereinigt um Auflösungen aus Sonderposten besteht, kann es durch eine Verrechnung des Fehlbetrages mit dem Basiskapital ausgeglichen werden. Hingewiesen sei auf die geänderten Haushaltsausgleichsregelungen in der Gemeindeordnung.

2.5 Personalaufwendungen

Die Personalausgaben für die Gemeindebediensteten stellen sich wie folgt dar:

	Ansatz 2020 EUR	Ansatz 2019 EUR	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2017 EUR	Ansatz 2016 EUR
Personalkosten	2.283.260	2.098.770	1.966.845	1.800.352	1.761.017
<i>nachrichtlich: Aufwendungen für sonstige Beschäftigte</i>	<i>9.450</i>	<i>9.000</i>	<i>9.000</i>	<i>9.580</i>	<i>12.630</i>
<i>-Personalkosten ABM</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>
<i>Personalkosten Zivis/Bufdis</i>	<i>2.800</i>	<i>8.100</i>	<i>25.400</i>	<i>25.400</i>	<i>25.400</i>
<i>-Altersteilzeit</i>	<i>0</i>			<i>0</i>	<i>0</i>
=Bereinigte Personalkosten für Gemeindebedienstete	<u>2.271.010</u>	<u>2.081.670</u>	<u>1.932.445</u>	<u>1.800.352</u>	<u>1.761.017</u>

Die Gemeinde konnte bis zum Jahr 2008 trotz Tarifierhöhungen, Ost-Westanpassungen und Entgeltstufenerhöhungen die Personalkosten Jahr für Jahr um rund 20.000 EUR senken. Ab dem Jahr 2009 ist dieser Trend jedoch so nicht weiter fortsetzbar gewesen, da deutliche Tarifierhöhungen, insbesondere im Bereich der Kinderbetreuung, zu verzeichnen waren. Zudem kommt es durch die gesetzlichen Änderungen bei der Kinderbetreuung (Betreuungsschlüssel; Gewährung von Vor- und Nachbereitungszeiten) und durch die gute Auslastung der Kitas zu erheblichen Mehrkosten, welche zum Teil aber durch erhöhte Landeszuweisungen aufgefangen werden können.

Die Personalkosten 2020 wurden anhand der bestehenden Arbeits- und Tarifverträge für das vorhandene Personal ermittelt und eingestellt. Zudem ist für 2020 und die Folgejahre eine Tarifierhöhung von jährlich 2 Prozent eingestellt. Berücksichtigt wurde auch der für die Angestellten in den Kindertagesstätten geschlossene Sondertarifvertrag, welcher aufgrund von Höhergruppierungen teils erhebliche Steigerungen nach sich zieht.

Die Tarifierhöhungen sind für alle Beschäftigten im Produkt 11.13.01 geplant, da eine Aufspaltung auf alle Produkte und Kostenstellen (z.B. im Facility Management) den zumutbaren Veranschlagungsaufwand, insbesondere auch bei Änderungen in der Entwurfsphase, gesprengt hätte. Die Personalkosten werden produktübergreifend für deckungsfähig.

Aufgrund eines Hinweises des Statistischen Landesamtes werden ab 2015 die in den Produkten „61.10.01. Steuern“ und „61.20.01 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft“ eingestellten Personalkosten ebenfalls mit im Produkt Finanzverwaltung geplant und gebucht.

Die Tarifierhöhungen werden zukünftig nicht über einen Personalabbau ausgeglichen werden können, da die Mindestgröße in der Verwaltung erreicht ist. Ein weiterer Abbau ist nur mit Einbußen bei Umfang und Qualität der Arbeit möglich. Dies wird in Vertretungssituationen (Urlaub, Kur, Krankheit) deutlich. Mit einer dauerhaften Besserung ist hier mit Blick auf die Altersstruktur der Beschäftigten nicht zu rechnen. Im Jahr 2019 ist mit der Ausbildung einer Verwaltungsfachangestellten im eigenen Haus begonnen worden.

Gem. Stellenplan 2020 werden in der **Kernverwaltung 11,7 VbE (Vorjahr 11,7 VbE)** beschäftigt.

Berücksichtigt man die Vorgaben des Freistaates Sachsens aus der Verwaltungsvorschrift Kommunale Haushaltswirtschaft, welche einen Personalbesatz von 2,3 je 1.000 Einwohner empfiehlt (Bandbreite 2,1-2,5), so liegt der Sollbestand bei 9,61 VzÄ³ (2,3 VzÄ je 1.000 E x 4,18 Tausend Einwohner). Somit wäre die Personalausstattung der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach in der Kernverwaltung als angemessen zu betrachten.

Nimmt man den oberen Ausstattungsschlüssel von 2,5 VzÄ je 1.000 Einwohner der Verwaltungsvorschrift Kommunale Haushaltswirtschaft, so ergäbe dies einen Sollbestand von 10,45 VzÄ in der Kernverwaltung. Der Mehrbedarf in der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach ergibt sich aus

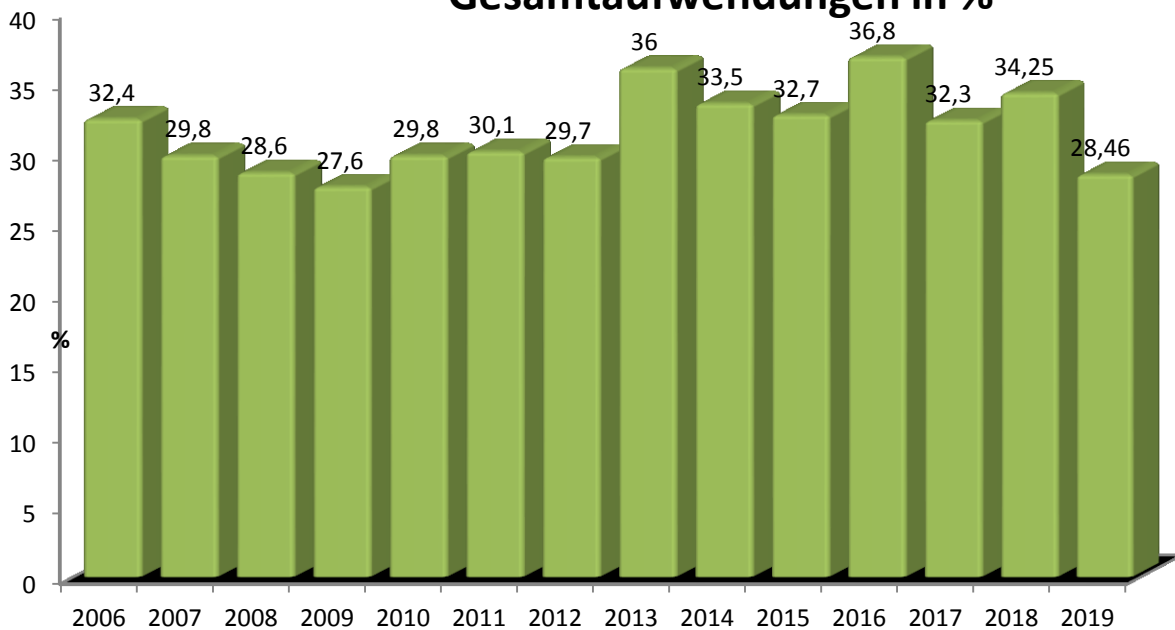
- der umfangreichen Wohnungsverwaltung,
- der eigenen Debitorenbuchhaltung für die Kinderbetreuung (sonst meist fremd vergeben),
- dem arbeitsintensiven Dittersbacher Jahrmarkt,
- den vom Landratsamt seit 2005 zusätzlich übertragenen Aufgaben,
- den erhöhten Arbeitsaufwand durch die Doppik
- Koordinierung und Überwachung des eigenen Bauhofes

Die Mehrbesetzung wird über die Wohnungsmieten, geringere Betriebsführungsentgelte und z.B. Jahrmarkt-Standgebühren gedeckt bzw. durch nicht anfallende Lohnkosten bei längerfristigen Erkrankungen kompensiert. Zudem können Sach- und Beraterkosten in einem erheblichen Umfang gespart werden.

³ VzÄ=Vollzeitäquivalent/ VbE=Vollbeschäftigteneinheit

Gemessen an den Aufwendungen⁴ des Haushaltes betragen die geplanten und bereinigten Personalkosten nunmehr 18,1% (2019: 28,46 %; 2018: 34,25; 2017: 32,3%; 2016: 36,8%; 2015: 32,7%, 2014: 33,5%, 2013: 36%, 2012: 29,7 %; 2011: 30,1%; 2010: 29,8%; 2009: 27,6 %; 2008: 28,6%; 2007: 29,8%; 2006 32,4%).

Anteil der Personalaufwendungen an den Gesamtaufwendungen in %



Veränderungen beim Personalbestand über einen mehrjährigen Betrachtungszeitraum:

- ab 2006: 0,8 VbE Einsparung in der Kernverwaltung (Entgeltgruppe 6)
- ab 2006: 0,3 VbE Einsparung Sekretariat in der Schule (Entgeltgruppe 5)
- ab 2008: Wegfall von 1,0 VbE durch Schließung der Wanderherberge
- ab 2008: Zusatzbedarf 0,45 VbE für eine eigene Reinigungskraft (günstiger als Fremdreinigung)
- ab 2008/2009: Ersatzloser Wegfall von 0,8 VbE im Bauamt und Versetzung der Mitarbeiterin ins Sekretariat; die bisherige Sekretärin wurde nach ihrer Rückkehr (Juni 2009) und Weiterbildung zur Kommunalen Bilanzbuchhalterin in der Kämmerei eingearbeitet und ab 2010 als Kassenleiterin eingesetzt.
- ab 2011 zwei 0,9 VzÄ in der Kämmerei sind in der Ruhephase der ATZ
- ab 2011 Eintritt des Schulhausmeisters in die Ruhephase der ATZ
- ab 2011 Ausbildung einer Verwaltungsfachangestellten
- ab 2012 Eintritt eines Bauhofmitarbeiters in die Ruhephase der ATZ

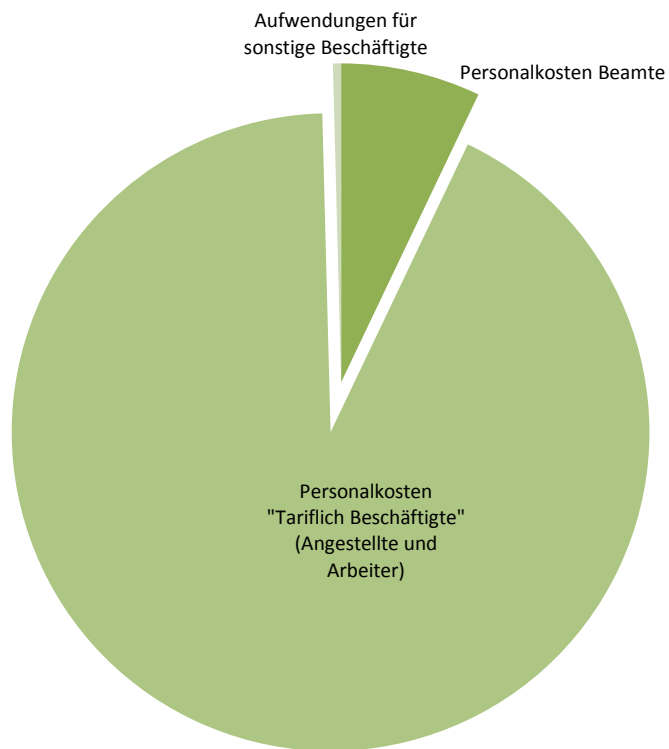
⁴ aus Gründen der Vergleichbarkeit mit Vorjahren nur zahlungswirksame Vorgänge (keine Berücksichtigung von Abschreibungen); 2019 verzerrt durch erhebliche Aufwendungen im ErgHH für Breitband

- 2012 Aufstockung von je 0,1 VzÄ bei zwei Angestellten der Kernverwaltung für die Vorbereitungen zur Einführung der doppelten Buchführung
- 2013 Auslaufen von zwei ATZ-Verträgen (ungefördert)
- 2014 Auslaufen eines ATZ-Vertrages (gefördert)
- 2014 Übernahme Auszubildende
- 2015 Beginn der Altersrente einer Kollegin (0,9 VzÄ; Entgeltgruppe 6); weitgehende Übernahme dieser Stelle durch die 2014 übernommene Auszubildende (0,8 VzÄ), teilweise aber auch Neuausrichtung anderer Stellen
- 2015 Reduzierung der 2012 aufgestockten Anteile für die Doppikeinführung um 0,15 VzÄ
- 2015 Dauererkrankung bei zwei Beschäftigten in der Kernverwaltung, Einsatz von Leiharbeitskräften bzw. befristet Beschäftigten
- 2015 Bürgermeisterwechsel
- 2016 Wechsel Hauptamtsleiter (Einarbeitung Nachfolger)
- 2019 Beginn Ausbildung einer Verwaltungsfachangestellten

Für weitere Details zum Personal der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach verweisen wir auf den Stellenplan (nach Trennblatt 6).

	in TEUR	in %
Personalkosten Beamte	161.750	7,1
Personalkosten "Tariflich Beschäftigte" (Angestellte und Arbeiter)	2.112.060	92,5
Aufwendungen für sonstige Beschäftigte	9.450	0,4
GESAMT	2.283.260	100

Personalkostenverteilung



2.6 Zuschüsse im Bereich der Freiwilligen Aufgaben

Der Zuschussbedarf ausgewählter Bereiche sieht wie folgt aus:

		Plan 2020 EUR	Plan 2019 EUR	Plan 2018 EUR	Plan 2017 EUR	Plan 2016 EUR	Plan 2015 EUR	Plan 2014 EUR	Plan 2013 EUR
21110103	Schüler- speisung	15.500	15.000	15.000	15.000	15.000	12.300	12.300	13.300
27200100	Bibliothek	1.998	2.608	2.578	2.593	1.463	1.620	1.620	1.620
281004	Kultur- und Heimatspflege	20.477	27.287	27.356	25.254	19.174	19.234	19.234	16.370
366101	Jugendarbeit ⁵	4.015	4.055	4.255	4.125	4.025	3.715	3.715	3.715
111101/ 427100	soz. Angelegen- heiten	1.500	2.500	2.500	2.500	1.000	1.000	1.000	1.000
4241/4210	Sport ⁶	25.162	29.412	30.917	27.873	22.320	23.060	14.710	21.150
57500100	Fremden- verkehr	5.060	7.946	7.590	7.547	7.310	7.677	6.920	6.620
	Summe	<u>73.712</u>	<u>88.808</u>	<u>90.196</u>	<u>84.892</u>	<u>70.292</u>	<u>68.606</u>	<u>59.499</u>	<u>63.775</u>

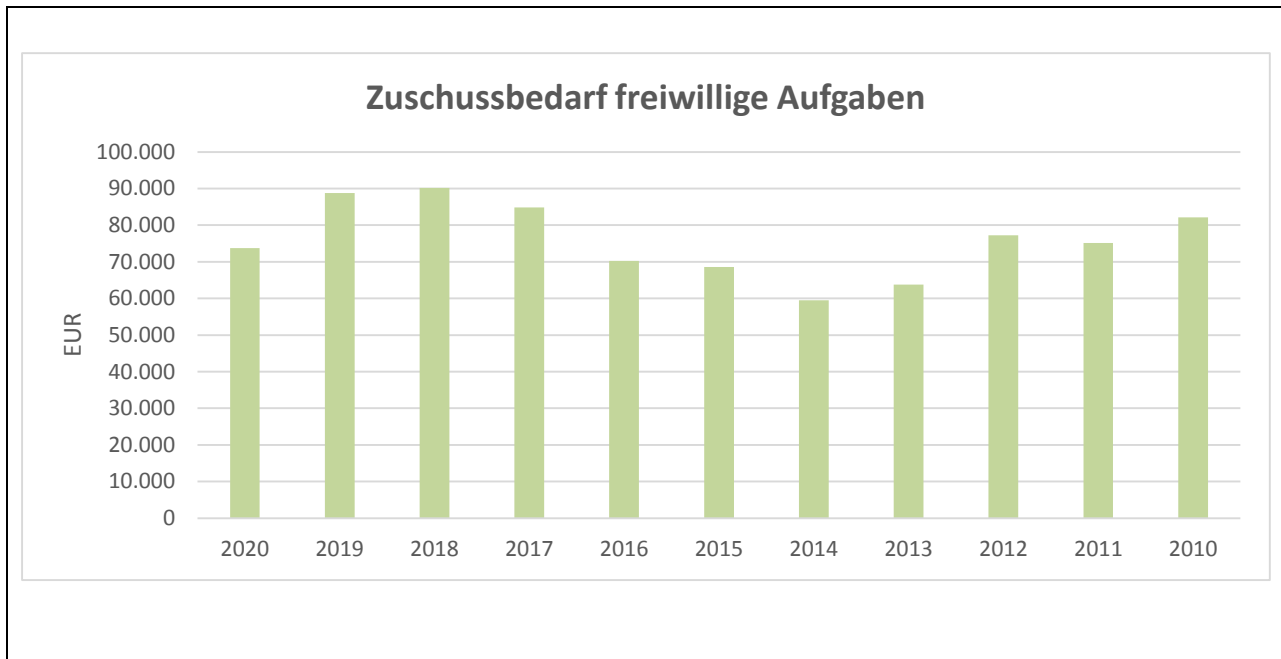
Zuschuss = Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen

Die Schülerspeisung wird durch die Gemeinde subventioniert, indem der Essensanbieter einen Zuschuss für seine Küchenkraft erhält. Dieser Zuschuss wurde 2016 um rund 2.500 EUR p.a. erhöht.

In der Sportförderung sind hauptsächlich die Kosten für die Bereitstellung und Unterhaltung von vier Sportplätzen enthalten. Einen großen Kostenblock verursachen hier die anfallenden Abschreibungen mit rund 10 TEUR. Die Kosten für die Turnhalle, welche intensiv für den Vereinssport genutzt wird, sind in der Darstellung nicht enthalten.

⁵ 2013 ff. ohne Gebäudekosten, diese sind im FM-Produkt 11.13. geplant

⁶ 2013 ff. ohne Gebäudekosten, diese sind im FM-Produkt 11.13. geplant; Innere Verrechnung + Abschreibungen



2.7 Abweichungen des Finanzhaushaltes vom Ergebnishaushalt

Der Finanzhaushalt der lfd. Verwaltungstätigkeit wurde grundsätzlich entsprechend dem Ergebnishaushalt geplant. Wenn zum Planungszeitpunkt Abweichungen ersichtlich waren, so wurden diese auch bereits berücksichtigt und bei den jeweiligen Anmerkungen mit beschrieben.

Die wesentlichen Abweichungen des Finanzhaushaltes vom Ergebnishaushalt sind:

- Für das Jahr 2019 ist mit einer Betriebskostenerstattung vom Arbeiter-Samariter-Bund für den Betrieb der Kindergärten „Moosmutzelreich“ und „Spatzennest“ zu rechnen. Die Höhe wird sich auf 68.000 EUR belaufen und verbessert das Finanzergebnis
- Tilgungen sind im Finanzhaushalt, Abschreibungen und Auflösungen aus Sonderposten im Ergebnishaushalt veranschlagt.

2.8 Außerordentliche Erträge und Aufwendungen (Sonderergebnis)

Der Gesamtbetrag der veranschlagten außerordentlichen Erträge beläuft sich auf 30.000 EUR und der Gesamtbetrag der veranschlagten außerordentlichen Aufwendungen ebenfalls auf 30.000 EUR, so dass das Sonderergebnis bei 0 EUR liegt.

Die außerordentlichen Erträge und Aufwendungen resultieren aus Verkaufserlösen (Fahrzeuge) bzw. Verkauf von Baugrundstücken. Bei der Planung wurde aus

Gründen der Vorsicht immer ein Verkaufspreis zum (niedrigen) Bilanzwert angenommen.

3. Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen

3.1 Erläuterungen zum Investitionsprogramm Teil B

Einführend wird festgelegt, dass sämtliche Investitionsausgaben gesperrt sind, bis die jeweils eingeplanten Zuwendungen und Zuschüsse durch Vorlage eines Zuwendungsbescheides verbindlich im Haushalt der Gemeinde verankert werden können. Mithin kann der Baubeginn einer Maßnahme frühestens am Tage des Erhalts des entsprechenden Zuwendungsbescheides stattfinden.

Sollten die eingeplanten Fördermittel für eine Maßnahme nicht bewilligt werden, so ist die Maßnahme grundsätzlich in die Folgejahre zu verschieben. Der freiwerdende Eigenanteil im Haushaltsjahr 2020 soll weiterhin für diese Maßnahme zur Verfügung stehen und ist deshalb grundsätzlich nicht zur Deckung anderer Maßnahmen zu verwenden. Abweichungen von dieser Regel bedürfen eines Gemeinderatsbeschlusses.

Kreditaufnahmen sind 2020 nicht vorgesehen. Es sollen neben den ordentlichen Tilgungen in Höhe von 116 TEUR keine außerordentlichen Tilgungen durchgeführt werden.

Der laut Planung verbleibende freie Stand der Liquiditätsreserve zum 31.12.2020 liegt bei 432.113 EUR (704.359 EUR erwarteter und bereinigter Kassenbestand abzüglich gesperrter Mittel in Höhe von 272.246 EUR).

Wie auch zahlenmäßig aus dem Investitionsprogramm 2020 ersichtlich ist, liegen für das Haushaltsjahr 2020 die Investitionsschwerpunkte bei folgenden Maßnahmen (die Aufzählung ist nicht abschließend):

11.12.01 Beschaffungen und Leistungen für die Verwaltung

1 Beschaffung Technische Ausrüstung

Hier stehen noch erhebliche Haushaltsreste für den Erwerb von Standardsoftware und die Ertüchtigung der Servertechnik und für die Beschaffung eines Dokumentenmanagementsystemes bereit.

11.13.05 Gebäudemanagement

60/267 Sanierung Hauptstraße 86

Die Sanierung des Gebäudes ist in mehreren Jahresscheiben geplant. Gegenüber der bisherigen Planung wurde der Umbau mangels einer qualifizierten Kostenschätzung verschoben. Für das Haushaltsjahr 2022 sind 200 TEUR eingeplant. Die Förderung wird mit 75 % angenommen. Im Ergebnishaushalt stehen 2020 jedoch deutlich erhöhte 50 TEUR für die laufende Unterhaltung zur Verfügung.

Weiterhin ist geplant einen Treppenlift im Gebäude zu installieren. Dazu wurden 10 TEUR Ausgaben bei 9 TEUR Fördermitteln angenommen.

70 Neubau Kita Stürza

Neu in die mittelfristige Planung wurde der Neubau bzw. der Umbau der Kindertagesstätte in Stürza aufgenommen. Aufgrund der dringend notwendigen Maßnahme sind 2020 10 TEUR für eine Vorplanung vorgesehen. Die Realisierung ist dann 2021 ff. mit einem geschätzten Ausgabevolumen von 400 TEUR vorgesehen.

11.16.14 Bauhof

103 Erwerb Multicar

Mittelfristig ist der Kauf zweier Multicars (2021 und 2023) á 120.000 EUR eingestellt. Fördermittel sind nicht ersichtlich.

12.60.01 Brandschutz

104 Löschfahrzeug Stürza

Es wurde für die Beschaffung eines Löschfahrzeuges 10 ein Ausgabevolumen von insgesamt 370 TEUR geplant, der Hauptanteil in Höhe von 300 TEUR davon bereits im Jahr 2019. Mit der Auslieferung des Fahrzeuges ist erst im Jahr 2021 zu rechnen.

272 Tanklöschfahrzeug Dobra

Für den Ersatz des vorhandenen TLF 16 auf W50-Basis wird die Anschaffung eines gebrauchten Tankers für 20 TEUR eingeplant.

271 Löschwasserzisterne

Für den Bau einer Zisterne im Ortsteil Porschendorf werden 2021 110 TEUR eingestellt.

273/251 Ausrüstung, MTW, Hydrant

Für die Feuerwehren Wilschdorf und Wünschendorf werden je 10.000 EUR für die Installation von Absaugeinrichtungen geplant. Zudem sind noch 4.000 EUR für neue Hydranten eingeplant.

21.11.01.01 Grundschule

227 DigitalPakt 2/3

Unsere Grundschule soll zukünftig vermehrt moderne Medien nutzen. Dazu wurde 2019 im Teil 1/3 des Digitalpaktes zuerst das Netzwerk verlegt. Der hier im Produkt veranschlagte Teil umfasst 27.800 EUR zzgl. 6.300 EUR Rest für die Anschaffung von Ausrüstungsgegenständen (Beamer; elektronische Tafeln; ...) über einen Einzelwert von 800 EUR. Die digitalen Endgeräte für die Schüler sind als Teil 3/3 direkt im Ergebnishaushalt veranschlagt.

54.10.01 Kommunale Straßen

Es existieren erhebliche Haushaltseinnahme- und Haushaltsausgabereste!

198 Elbersdorfer Gasse

Unser Wasser- und Abwasserzweckverband wird hier 2019/2020 Leitungen und Kanäle erneuern müssen. Auf die Gemeinde kommen somit Straßenentwässerungskostenanteile (2020) und Straßenbaukosten (Haushaltsausgaberest) zu.

199 Ringstraße Wünschendorf

Für die Erneuerung der Ringstraße stehen aus dem Vorjahr noch 164 TEUR bereit. Neu geplant wurden 40 TEUR. Die vom Freistaat erwarteten Sondermittel in Höhe von 61.000 EUR sollen hier eingesetzt werden.

201 SEK Bahnhofstraße

Unser Wasser- und Abwasserzweckverband hat hier Leitungen und Kanäle erneuern müssen. Auf die Gemeinde kommt somit ein Straßenentwässerungskostenanteil in Höhe von bis zu 150 TEUR zu. Die Mittel stehen als Haushaltsrest bereit.

54.70.01 ÖPNV

168 Bushaltestellen

Für den Bau von Bushaltestellen wurden 156 TEUR bei einer erwarteten Förderung von 90% aus dem Vorjahr übertragen.

200 Bushaltestelle Dresdner Straße

Für den Bau der Bushaltestelle an der Dresdner Straße wurde ein Betrag von 95 TEUR aus dem Vorjahr übertragen. Den Fördermittelbescheid über 85,5 TEUR hat die Gemeinde bereits 2018 erhalten und als Forderung eingebucht. Es handelt sich um eine Gemeinschaftsmaßnahme mit dem Landesamt für Straßen und Verkehr.

277 SEK RRB An der Mühle

Diese Maßnahme war im Jahr 2023 mit einem Volumen von 320 TEUR neu einzustellen. Es handelt sich dabei um den Straßenentwässerungsanteil der Gemeinde für das Regenrückhaltebecken „An der Mühle“, welches durch den Wasser- und Abwasserzweckverband Mittlere Wesenitz errichtet wird.

55.10.00 Öffentliches Grün, Spielplätze

230 Umgestaltung Spielplatz Kinderland

Für den Spielplatz sind 5 TEUR an Investitionen vorgesehen.

55.20.00 Öffentliche Gewässer und wasserbauliche Anlagen

47 Ersatzneubau Damm Stürzaer Bach-H1 Hochwasserrückhaltung

Zum Schutz der Bevölkerung vor Hochwasserschäden macht sich in der Ortslage Stürza der Neubau eines Dammes notwendig. Die Ansatzübertragung von 2018 beläuft sich auf 232 TEUR. Die eigentliche Realisierung der Maßnahme ist mit 489 TEUR bei einer 90% Förderung für 2023 eingeplant

173 Großteich Dobra-H3 Hochwasserrückhaltung

Die Maßnahme wurde zur Realisierung 2021 mit einem Volumen von 862 TEUR eingestellt. 2020 sind Planungskosten in Höhe von 67 TEUR vorgesehen (Rest+Ansatz).

174 Ziegeleigraben Dürrröhrsdorf-H4 Hochwasserrückhaltung

Für die Realisierung der Hochwasserschutzmaßnahme stehen bis zum Jahr 2023 486 TEUR bereit.

57.30.03.01 Dittersbacher Marktplatz

171 Dittersbacher Marktplatz

Die Gemeinde hat 2018/2019 ein Konzept für eine Neugestaltung des Dittersbacher Jahrmarktplatzes erstellen lassen. Die eigentlichen Baukosten sind im Moment noch nicht unterlegt und wurden mit 750 TEUR, aufgeteilt auf die Jahre 2019 bis 2023, angesetzt. Für die Jahresscheibe 2020 stehen über Reste noch 66 TEUR für den Teil „Spielplatz“ zur Verfügung.

Auswirkungen auf Folgejahre

Die Maßnahmen sind im Wesentlichen auf die Fertigstellung von Maßnahmen und auf mehrere Hochwasserschutzmaßnahmen ausgerichtet. Folgekosten entstehen in zukünftigen Haushaltsjahren hauptsächlich durch Abschreibungen. Diese wurden prognostiziert und in die mittelfristige Planung eingestellt.

3.2 Finanzierung des Haushaltes

Der Haushalt wird wie folgt finanziert:

Zahlungsmittelüberschuss lfd. Verwaltung	237.415 EUR
+ Investive Schlüsselzuweisung	136.000 EUR
+ Investpauschale	0 EUR
+ Fördermittel/ Erstattungen/ Beiträge	191.360 EUR
+ Kreditaufnahme	0 EUR
+ Entnahme aus der Liquiditätsreserve	0 EUR
+ Erlöse aus Grundstücksverkäufen/Sonstiges	45.000 EUR
Gesamt:	609.775 EUR
Vorjahr:	1.179.800 EUR
Damit verbleibender Überschuss zur Zuführung an die Liquiditätsreserve	134.475 EUR

Die Einnahmen und Ausgaben des Finanzhaushaltes Teil B und aus Finanzierungstätigkeit sinken gegenüber dem Vorjahr. Aus den Vorjahren müssen noch Haushaltsausgaberest in Höhe von 2,25 Mio. EUR abgearbeitet werden.

4. Sonstige Erläuterungen

4.1 Entwicklung der Verbindlichkeiten

Der Haushalt für das Jahr 2019 sieht erneut keine Kreditaufnahme vor, es erfolgen auch keine Umschuldungen. Zwei kleinere zinsfreie KfW-Kredite laufen endgültig aus.

Im Haushalt 2020 stehen ordentliche Tilgungsleistungen in Höhe von 117 TEUR an. Die Tilgungsraten sinken damit erneut um rund 2 TEUR ab, was dem Schuldenabbau und den Umschuldungen 2018 zu verdanken ist. Gegenüber früheren mittelfristigen Planungen (z.B. 2013) sinkt die Zins- und Tilgungsbelastung um rund 270 TEUR jährlich!

Somit ergibt sich eine Reduzierung der Verschuldung im Jahr 2020 um 116.061,99 EUR

Vom Schuldenstand zum 01.01.2020 mit **1.983.215,08 EUR**

ist die planmäßige Tilgung von 116.061,99 EUR

und die Sondertilgung von 0 EUR abzuziehen,

sowie die Kreditneuaufnahme in Höhe von 0 EUR hinzuzurechnen,

so dass sich zum Jahresende 2020 ein voraussichtlicher Schuldenstand von **1.867.153,09 EUR** ergibt.

Bei 4.184 Einwohnern (31.12.2018) ergibt sich eine Pro-Kopf-Verschuldung zum Stichtag 1.1.2020 von 474,00 EUR

und zum Stichtag 31.12.2020 von voraussichtlich **446,26 EUR.** (geschätzte Einwohnerzahl: 4.184/ keine Fortschreibung)

Die Pro-Kopf-Verschuldung lag am 31.12.2018 bei 500,08 EUR. (4.203 Einwohner per 30.06.2018)

Die Pro-Kopf-Verschuldung lag am 31.12.2017 bei 532,78 EUR. (4.174 Einwohner per 30.06.2017)

Die Pro-Kopf-Verschuldung lag am 31.12.2016 bei 558,61 EUR. (4.226 Einwohner per 30.06.2016)

Die Pro-Kopf-Verschuldung lag am 31.12.2015 bei 597,19 EUR. (4.234 Einwohner per 30.06.2015)

Die Verwaltungsvorschrift Kommunale Haushaltswirtschaft sieht es als Indiz für eine mangelhafte Leistungsfähigkeit der Gemeinde (Größenklasse 3.000-5.000 Einwohner) an, wenn die gesamte Pro-Kopf-Verschuldung 1.100 EUR übersteigt.

Die Verschuldung des Kernhaushaltes wird gem. VwV Kommunale Haushaltswirtschaft ab 1.000 EUR Schulden je Einwohner als kritisch angesehen. Die Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach unterschreitet hinsichtlich der Verschuldung des Kernhaushaltes den Grenzwert und entfernt sich seit der

Kreditaufnahme 2010 durch die ordentlichen Tilgungen und die Sondertilgungen 2013/2015 wieder deutlich. Neben den bestehenden Krediten macht sich insbesondere die Bevölkerungsentwicklung bei der Berechnung der Pro-Kopf-Verschuldung bemerkbar. Bei den Einwohnerzahlen wird aktuell von einer Stagnation ausgegangen.

Die Zinsaufwendungen sinken 2020 (113 TEUR in 2013 bzw. 100 TEUR in 2014) auf nur noch etwa 20 TEUR, Tendenz weiter leicht fallend. Die rechnerische Resttilgungsdauer liegt 2020 bei 17 Jahren und damit sogar unter den Empfehlungen von einer durchschnittlichen Tilgungsdauer von 20 Jahren. Die durchschnittliche Restnutzungsdauer des gesamten abnutzbaren Anlagevermögens wurde mit der geprüften Jahresrechnung 2013 mit 26 Jahren ermittelt und für das Jahr 2020 mit 20 Jahren prognostiziert.

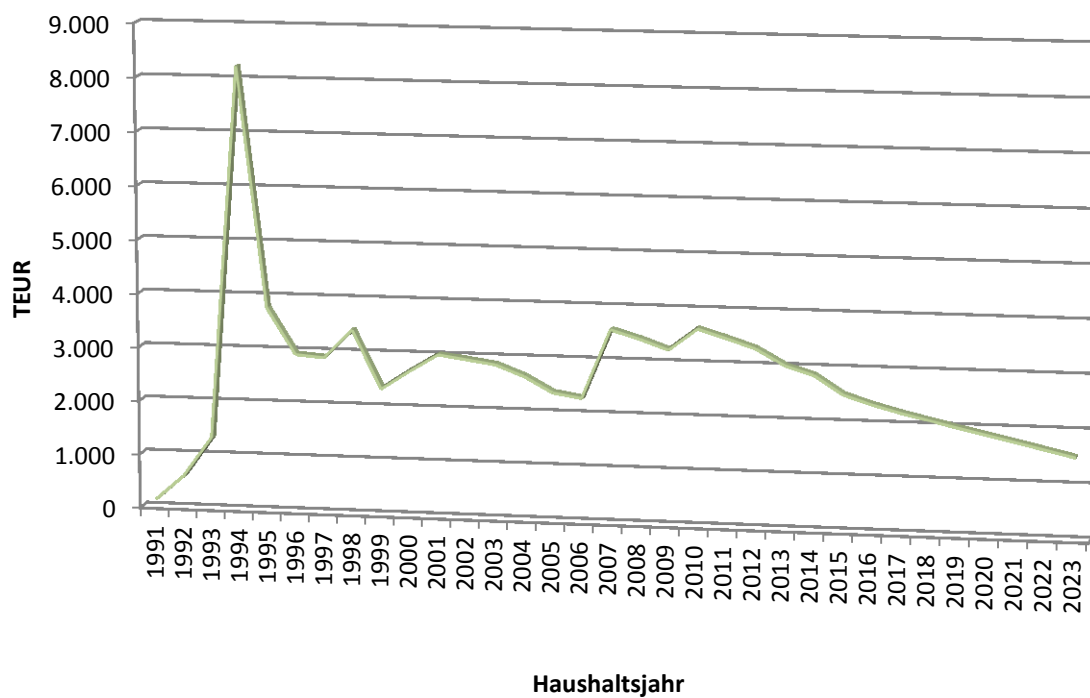
Bei unserem Wasser- und Abwasserzweckverband Mittlere Wesenitz (Mitglieder: Stadt Stolpen und Gemeinde Dürnröhrsdorf-Dittersbach) bestanden zum Jahresende 2019 noch Schulden in Höhe von 6.474.386,77 EUR. Dies entspricht einer zusätzlichen Verschuldung von 657,63 EUR je Einwohner im Verbandsgebiet zum 31.12.2019. Eine weitere aber unbedeutende Beteiligung hält die Gemeinde beim Zweckverband Trinkwasser Pirna/Sebnitz.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Verschuldung der Gemeinde Dürnröhrsdorf-Dittersbach im Zeitraum von 1991 bis einschließlich 2023 auf. Für die in der Zukunft liegenden Jahre wurden die im Planentwurf enthaltenen Tilgungen berücksichtigt.

Jahr	Schuldenstand 31.12.	
1991	142	TEUR
1992	603	TEUR
1993	1.335	TEUR
1994	8.233	TEUR
1995	3.790	TEUR
1996	2.938	TEUR
1997	2.897	TEUR
1998	3.426	TEUR
1999	2.351	TEUR
2000	2.698	TEUR
2001	3.020	TEUR
2002	2.946	TEUR
2003	2.870	TEUR

2005	2.386	TEUR
2006	2.302	TEUR
2007	3.584	TEUR
2008	3.431	TEUR
2009	3.246	TEUR
2010	3.649	TEUR
2011	3.491	TEUR
2012	3.319	TEUR
2013	3.027	TEUR
2014	2.867	TEUR
2015	2.528	TEUR
2016	2.361	TEUR
2017	2.224	TEUR
2018	2.102	TEUR
2019	1.983	TEUR
2020	1.867	TEUR
2021	1.751	TEUR
2022	1.653	TEUR
2023	1.518	TEUR

Entwicklung der Verschuldung 1991-2023



Verpflichtungen aus Bürgschaften und Gewährverträgen der Gemeinde gegenüber Dritten bestehen nicht mehr.

Der Umfang der Leasingverträge konnte auf null reduziert werden.

Die Verträge für die Kopiertechnik wurden nicht mit erfasst, da es sich hierbei ausschließlich um eine Miete der Technik handelt.

Leasingverträge, welche die Finanzierung und den Erwerb von Vermögensgegenständen (z. B. Bauinvestitionen) zum Ziel haben, bestehen nicht.

4.2 Entwicklung des Gesamtergebnisses, des Basiskapitals, des Zahlungsmittelüberschusses, des Finanzierungsbedarfes und der Liquiditätsreserve

Die Entwicklung des Gesamtergebnisses ist in der Tabelle auf der folgenden Seite dargestellt. Seit 2014 sind im Haushalt auch flächendeckend Abschreibungen und Auflösungen aus Sonderposten eingeplant. Schwierig ist es unter Erwirtschaftung der um die Auflösung von Sonderposten bereinigten Abschreibungen einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt (die ordentlichen Erträge decken die ordentlichen Aufwendungen) zu erreichen. In der mittelfristigen Planung ist dies aber ab dem Jahr 2023 möglich. Da die bis zum Ablauf des Haushaltsjahres 2017 als Saldo aus den nicht zahlungswirksamen Erträgen und Aufwendungen („Altabschreibungen“) entstandenen Fehlbeträge mit dem Basiskapital verrechnet werden dürfen, hat die Gemeinde dies auch so in ihre Planung aufgenommen. Die aus den „Altabschreibungen“ entstehenden Fehlbeträge sind im Betrachtungszeitraum wesentlich höher als die entstehenden Fehlbeträge. Ausgehend vom mit der Eröffnungsbilanz ermittelten Basiskapital werden deshalb diese Fehlbeträge neutralisiert, indem sie gegen das Basiskapital gerechnet werden. Mit der Erstellung der ausstehenden Jahresrechnungen können sicherlich noch bedeutende Ergebnismrücklagen gebildet werden, da die Fehlbeträge aus Altabschreibungen die Fehlbeträge übersteigen. Die Verrechnung der Fehlbeträge mit der Ergebnismrücklage hat dann Vorrang. Dem wurde in der Planung jedoch nicht vorgegriffen. Der Mindestbestand des Basiskapitals (1/3 des zum 1.1.2013 ermittelten Bestandes) wird im gesamten Betrachtungszeitraum nicht unterschritten, sondern es existiert noch ein Puffer von fast 10 Mio. EUR. Die ab dem Jahr 2018 bis 2023 entstehenden Abschreibungen wurden anhand der Investitionsplanung prognostiziert und in den Haushalt eingestellt. Dieser Teil der Abschreibungen kann voll erwirtschaftet werden. Es wird auf das Muster 21/ Trennblatt 7 verwiesen.

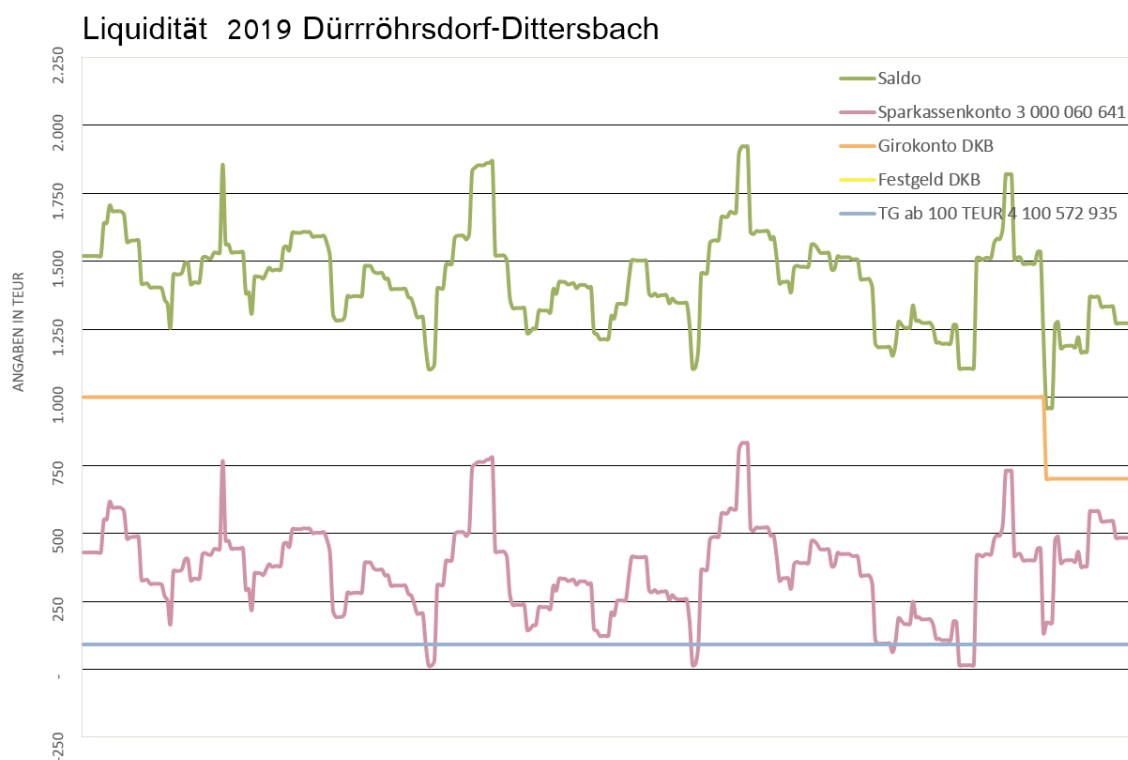
Sehr positiv steht die Gemeinde beim Finanzhaushalt da. In der vorliegenden Planung wird von einem positiven Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit ausgegangen. Der Überschuss übersteigt dabei mit veranschlagten 237.415 EUR die Höhe der zu zahlenden ordentlichen Tilgungen

(116.061,99 EUR). In den Jahren 2020 ff. steigt der Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit deutlich und die Gemeinde bleibt im Betrachtungszeitraum jederzeit liquide. 2020 ist der Überschuss aufgrund deutlich aufgestockter Unterhaltungsmittel für Gebäude/Gewässer niedriger als in den Folgejahren. Weitere Finanzierungsmittel in Form von Kreditaufnahmen sind nicht notwendig.

Die Kassenlage der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach ist als sehr stabil anzusehen.

Im Jahr 2018/2019 waren bei einem Kassenkreditvolumen von 500.000 EUR keine negativen Kassenstände zu verzeichnen. Die vorhandenen Mittel beliefen sich meist in einem Korridor von 1,25 – 1,75 Mio. EUR. Die Baumaßnahmen konnten liquiditätsmäßig aus den Kassenständen vorfinanziert werden.

Das nachfolgende Diagramm zeigt die Liquidität des Jahres 2019, wobei die oberste Linie den Kassenstand incl. der angelegten Gelder darstellt:



Gem. §84 III der Sächsischen Gemeindeordnung ist der Höchstbetrag der Kassenkredite genehmigungsfrei, sofern er ein Fünftel der im Finanzhaushalt veranschlagten Auszahlungen für laufende Verwaltungstätigkeit nicht übersteigt.

Veranschlagt sind im Finanzhaushalt Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 11.799.725 Euro. Damit unterschreitet der in der

Satzung festgelegte Höchstbetrag der Kassenkredite (500.000 Euro) den gesetzlichen Rahmen (2,4 Mio. EUR) deutlich und ist somit genehmigungsfrei. Verzerrt werden die Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit durch den geplanten Breitbandausbau, welcher in Höhe von 5,5 Mio. eingestellt ist. Nach Abzug dieser Sonderposition liegt der genehmigungsfreie Rahmen aber immer noch bei 1,3 Mio. EUR.

Deutlich wird die Entwicklung der Kassenlage, des Gesamtergebnisses und des Finanzbedarfs aus lfd. Verwaltungstätigkeit bzw. Investitionstätigkeit aus der DIN-A3 Aufstellung „Investitionsprogramm“ unter der Registernummer 5.

<i>Angaben in EUR</i>	2019	2020	2021	2022	2023
Gesamtergebnis	-278.554	-296.008	-64.022	-25.148	62.262
Zahlungsmittelüberschuss aus lfd. Verwaltung	210.205	237.415	416.845	466.425	565.535
Änderung der Liquiditätsrücklage	-197.649	134.475	-182.965	-179.625	-42.258
Stand der Liquiditätsreserve 31.12.	<u>569.884</u>	<u>704.359</u>	<u>521.394</u>	<u>341.769</u>	<u>299.511</u>
davon gebunden	460.945	272.246	212.173	212.173	212.173
Freie Mittel	108.939	432.113	309.221	129.596	87.338

Hier noch einmal eine Darstellung mit Nennung der gebundenen Mittel (Angaben in EUR):

Maßnahme	2019			2020			2021			2022			2023		
	Einnahme	Ausgabe	Eigenanteil	Einnahme	Ausgabe	Eigenanteil	Einnahme	Ausgabe	Eigenanteil	Einnahme	Ausgabe	Eigenanteil	Einnahme	Ausgabe	Eigenanteil
	31.12.2019			31.12.2020			31.12.2021			31.12.2022			31.12.2023		
Kassenbestand:	569.884			704.359			521.394			341.769			299.511		
davon gebunden:	460.945			272.246			212.173			212.173			212.173		
notwendige liquide Mittel für Reste vom Kassenstand abgezogen; in Zeile 51 FinHH realer Stand!															
Restitutionsansprüche auf Grundstücke alt	188.615			188.615			188.615			188.615			188.615		
Restitutionsansprüche auf Grundstücke BVVG	12.257			23.558			23.558			23.558			23.558		
SoPo Vorsorge (Aufl. 24.035 EUR in 17; 67.776 EUR in 2019) (Stand 31.12.2018 127.848,58 EUR)	60.073			60.073			Auflösung								
Investive Schlüsselzuweisung (Ansparphase)															
Insolvenzanfechtung Gewerbesteuer	200.000														
ergibt Liquiditätsreserve:	108.939			432.113			309.221			129.596			87.338		

Es werden, wie aus der Aufstellung ersichtlich, von den liquiden Mitteln 272 TEUR gebunden, damit im Bedarfsfalle die Gelder für die verschiedenen Ansprüche ausgezahlt werden können. Abgezogen ist vom Kassenstand 31.12.2019 bereits der

für die Abarbeitung der Haushaltsreste notwendige Eigenanteil unter Berücksichtigung bereits geflossener und noch erwarteter Zahlungen.

Die Restitutionsansprüche beziehen sich unter anderem auf Verkaufserlöse für Grundstücke, die die Gemeinde ggf. an die Alteigentümer bzw. deren Rechtsnachfolger zahlen muss. Es handelt sich um ehemals jüdisches bzw. um Bundeseigentum.

Einen Betrag von 60 TEUR macht die Vorsorgerücklage aus. Aufgelöst werden soll der Rest im Jahr 2021.

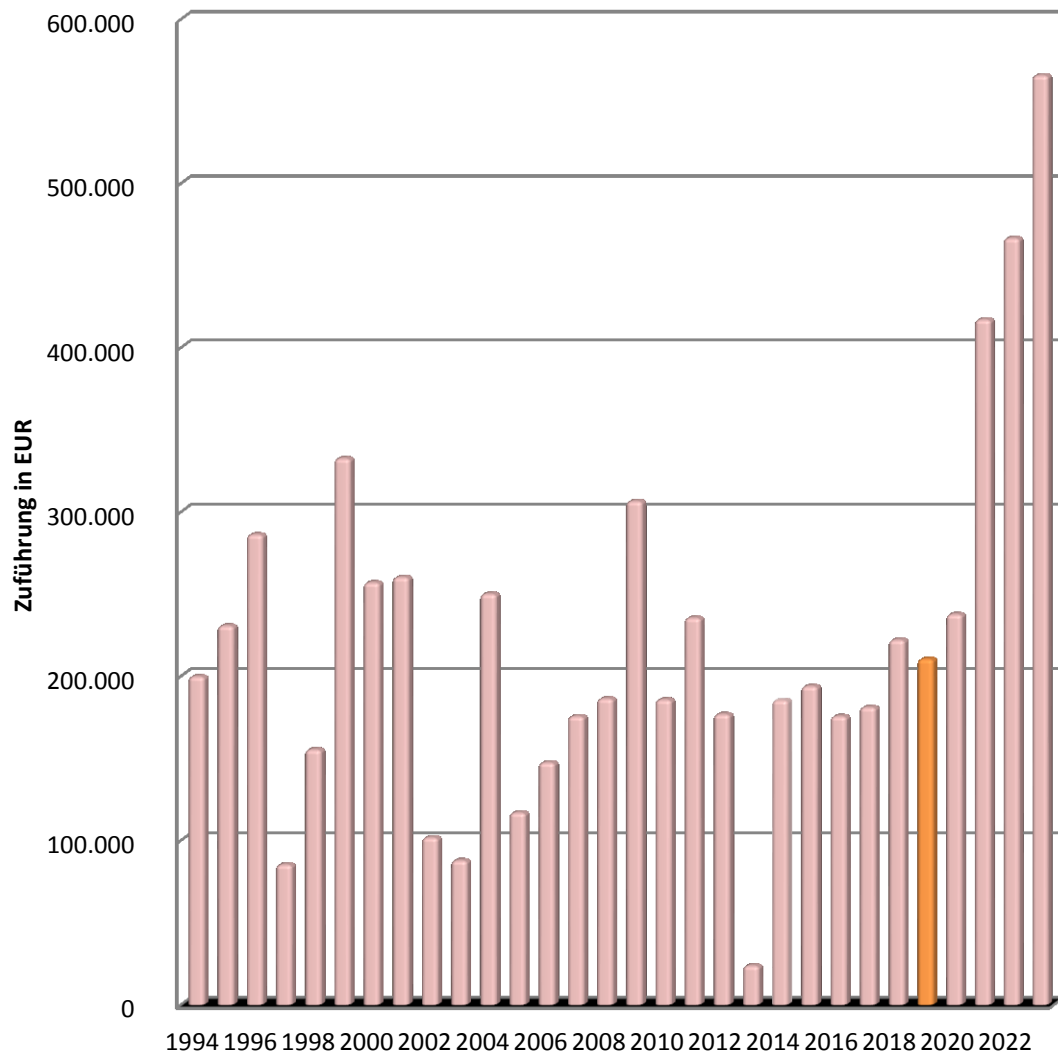
Die 2019 gesperrten 200 TEUR bezogen sich auf eine mögliche Rückzahlung von Gewerbesteuer in zwei Insolvenzanfechtungsverfahren. Hier konnte ein Vergleich geschlossen werden, so dass die Mittel frei werden. Die vereinbarte Rückzahlung von Gewerbesteuer an den Insolvenzverwalter wurde regulär im Ergebnishaushalt 2020 berücksichtigt.

Aktuell bestehen keine Altersteilzeitverträge mehr und deshalb ist auch keine Mittelbindung erforderlich.

In der nachfolgenden Tabelle wird der Zahlungsmittelüberschuss aus lfd. Verwaltung dargestellt. Wichtig ist dieser mit Blick auf die zu zahlenden ordentlichen Tilgungsleistungen. Nach deren Abzug ergibt sich die sogenannte Nettoinvestitionsrate. Diese ist ein wichtiges Indiz für die Zahlungsfähigkeit und wirtschaftliche Lage der Kommunen und entwickelt sich sehr positiv in den kommenden Jahren:

Planzahlen	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Zahlungsmittel- überschuss aus lfd. Verwaltung	185.208	193.642	175.338	180.833	221.836	210.205	237.415	416.845	466.425	565.535
-ordentliche Tilgungen	161.000	175.000	168.000	137.000	122.000	119.000	117.000	117.000	117.000	117.000
Netto- investitionsrate	<u>24.208</u>	<u>18.642</u>	<u>7.338</u>	<u>43.833</u>	<u>99.836</u>	<u>91.205</u>	<u>120.415</u>	<u>299.845</u>	<u>349.425</u>	<u>448.535</u>

**Geplante Zuführung zum Vermögenshaushalt bis 2012 bzw.
Zahlungsmittelüberschuss lfd. Verwaltung ab 2013**



4.3 Belastungen aus dem Sondervermögen, aus der kommunalen Zusammenarbeit und aus den mittelbaren und unmittelbaren Beteiligungen der Gemeinde

Die Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach muss aus heutiger Sicht in den Jahren 2020-23 keinerlei Belastungen aufgrund ihrer mittelbaren und unmittelbaren Beteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des öffentlichen bzw. privaten Rechts oder auch bei ihren Beteiligungen an Zweckverbänden verbuchen.

In der Vergangenheit gab es bisher nur Probleme beim Zweckverband KISA, welche zu geringen Umlagen der Mitglieder führten. Mittlerweile sind die finanziellen Probleme ausgeräumt.

Eine wesentliche Beteiligung hat die Gemeinde am Wasser- und Abwasserzweckverband Mittlere Wesenitz. Hier ist dem Haushaltsplan der Gemeinde der aktuellste testierte Jahresabschluss des Zweckverbandes beigelegt.

Die Beteiligungen an der Gas- und an der Stromversorgung haben durchweg positive Effekte auf den Gemeindehaushalt in Form von erheblichen Konzessions- und Dividendeneinnahmen, auch wenn diese perspektivisch sinken.

Ansonsten sind diesem Haushaltsplan keine Jahresabschlüsse und Wirtschaftspläne für Unternehmen gem. Kommunalhaushaltsverordnung beizufügen, da die Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach keine Eigenbetriebe führt und auch nicht mit mehr als 20 % an einem Unternehmen beteiligt ist.

Torsten Weber
Kämmerer